



Land  
**Burgenland**

Leitbild für die  
ältere Generation

**2030**



# VORWORT

Jede Generation hat ihre eigenen Bedürfnisse, welche es zu berücksichtigen gilt. Im Zeitalter der Digitalisierung und des demografischen Wandels darf besonders die ältere Generation nicht auf der Strecke bleiben. Diese Altersgruppe nimmt aufgrund der kontinuierlichen Verbesserung unseres Gesundheitssystems und der damit einhergehenden steigenden Lebenserwartung immer mehr zu.



Momentan sind über zehn Prozent der burgenländischen Bevölkerung 75 Jahre oder älter. Dies ist ein Plus von zwei Prozentpunkten im Vergleich zur Volkszählung 2001.

Um den aktuellen Themen zu entsprechen, hat das Land Burgenland 2019 gemeinsam mit dem Landesseniorenbeirat den Auftrag für ein neues Leitbild erteilt. In zwei Workshops, zu welchen alle Seniorenvereinigungen geladen wurden, wurden Inhalte gemeinsam erarbeitet und diskutiert. Schlussendlich enthält die finale Fassung dieses Werkes, welches es sich zum Ziel gesetzt hat für das kommende Jahrzehnt einen Orientierungsrahmen für die Politik zu bilden, ausführliche Maßnahmen zur Steigerung der Lebensqualität von Seniorinnen und Senioren.

Mit diesem umfassenden Leitbild soll die ältere Generation gezielt unterstützt werden. Pflege, Gesundheit, Mobilität und Sicherheit im Alter bis hin zu ihrer Sicherheit in der digitalen Welt sind jene Themen, die wir für die Seniorinnen und Senioren im Burgenland in den nächsten Jahren abarbeiten werden, damit das Burgenland noch lebenswerter wird.

A handwritten signature in blue ink, consisting of a long horizontal stroke followed by a large, stylized loop.

LR Leonhard Schneemann

# VORWORT

Für mich war es wichtig, schon zu Beginn des neuen Jahrzehnts ein modernes „Leitbild für die ältere Generation 2030“ als Arbeits- und Diskussionsgrundlage bzw. als Bekenntnis zur generationsübergreifenden Zusammenarbeit vorzulegen. Das Burgenland ist das einzige Bundesland, das ein Leitbild für die ältere Generation in dieser Form erarbeitet hat.



Einer der bedeutendsten Trends des 21. Jahrhunderts ist das Altern der Bevölkerung mit Auswirkungen auf alle Bereiche unserer Gesellschaft.

Ich halte es daher für entscheidend, dass wir im Burgenland die Erfahrungen, Fähigkeiten und Ressourcen der älteren Generation in den Mittelpunkt der Politik mit, von und für die Betroffenen stellen. Das heißt für mich, dass wir alle Verantwortung für die Gestaltung unseres Lebens in unseren Dörfern und Lebensbereichen übernehmen wollen. Ziel ist es, die Lebensqualität älterer Menschen zu verbessern bzw. zu sichern.

Gleich zu Beginn daher eine Forderung, die wir an die Landesregierung stellen: Die Einrichtung eines Ombudsmannes, einer Ombudsfrau der/die uns als Ansprechpartner für alle Bereiche der älteren Generation zur Verfügung steht. Diese Person soll nicht nur beratende Funktion haben, sondern auch als zusätzliches Verbindungsglied zur Landesregierung und anderen öffentlichen Ämtern dienen.

Mit dem neuen Jahrzehnt wollen wir ein modernes Kapitel der Seniorinnen- und Seniorenpolitik beginnen, das sich an den Herausforderungen unserer modernen Welt orientiert und von generationsübergreifender Solidarität und Achtung geprägt ist.

LR a.D. Helmut Bieler  
Vorsitzender Landesseniorenbeirat Burgenland



# **Leitbild für die ältere Generation 2030**

Eine Politik mit, von und für Seniorinnen und Senioren

Im Auftrag  
des Landes Burgenland und des Landesseniorenbeirates

Zusammengestellt von  
Mag. Cornelia Krajasits, ÖIR Projekthaus GmbH

# INHALT

<b>Einleitung</b>	<b>6</b>
<b>Grundsätze und Ziele</b>	<b>7</b>
<b>Demografische Trends</b>	<b>8</b>
<b>Übers Alter und das Altern</b>	<b>14</b>
<b>Gut und sicher Leben</b>	<b>18</b>
Alters- und altersgerechtes Arbeitsumfeld	18
Pensionen	20
Ältere Menschen als Konsumenten und Konsumentinnen	24
Sicherheit im Alter	26
<b>Aktiv im Alter</b>	<b>29</b>
Freizeit – Kultur – Sport – Lebenslanges Lernen	29
Politische Partizipation	31
<b>Mobil im Alter</b>	<b>33</b>
<b>Gut wohnen im Alter</b>	<b>37</b>
<b>Alt werden in der digitalen Welt</b>	<b>39</b>
<b>Gesund ins Alter – Gesund im Alter</b>	<b>41</b>
Klimawandel	46
<b>Pflege</b>	<b>49</b>

# EINLEITUNG

Das Altern der Bevölkerung gilt aktuell als einer der bedeutendsten Trends des 21. Jahrhunderts mit weitreichenden Folgen für alle Bereiche der Gesellschaft. Die burgenländische SeniorInnenpolitik folgt daher dem strategischen Ansatz, die Aspekte des Alterns in alle relevanten Politikbereiche auf allen Ebenen einzubringen. Ziel ist es,

- Vorurteile und Altersdiskriminierung in der Wirtschaft und in der breiten Öffentlichkeit abzubauen,
- gesundheitliche Präventionsmaßnahmen in allen Lebensaltern in den Vordergrund zu stellen,
- die Rahmenbedingungen für eine aktive Mitwirkung älterer Menschen zu verbessern und auszubauen,
- die Hindernisse zum möglichst langen Verbleib im Arbeitsleben zu beseitigen,
- qualitativ hochwertige Strukturen der Langzeitpflege auszubauen und
- eine verbesserte Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben zu erreichen.

Die burgenländische SeniorInnenpolitik versteht sich als Politik mit, von und für Seniorinnen und Senioren. Sie stellt die Menschen mit ihren Fähigkeiten und Ressourcen in den Mittelpunkt und hat das Ziel, die Lebensqualität älterer Menschen zu sichern bzw. weiter zu verbessern.

# GRUNDSÄTZE & ZIELE

In Anlehnung an die Vorgaben der „Politischen Erklärung und des Internationalen Aktionsplans von Madrid über das Altern, 2002“, der bei der Zweiten (UNO) Weltversammlung über das Altern beschlossen wurde, orientiert sich das Leitbild an folgenden Grundsätzen und Zielen:

- die volle Verwirklichung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle älteren Menschen und die Gewährleistung der vollen Wahrnehmung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, sowie der bürgerlichen und politischen Rechte älterer Menschen und die Beseitigung aller Formen der gegen sie gerichteten Gewalt und Diskriminierung;
- die Gleichstellung der Geschlechter durch die Beseitigung geschlechtsspezifischer Diskriminierung;
- die Verwirklichung des Alterns in Sicherheit, sowie Verhinderung und Beseitigung der Armut im Alter und Schutz vor sozialer Ausgrenzung;
- die volle und wirksame Teilnahme am wirtschaftlichen, politischen und sozialen Leben der Gesellschaft für die ältere Generation;
- die Schaffung von Möglichkeiten zur persönlichen Weiterentwicklung, zur Selbstverwirklichung und zur Sicherung des Wohlbefindens während des gesamten Lebens und auch im hohen Alter;
- gesicherte soziale Versorgung in einer solidarischen Gesellschaft durch finanzielle Absicherung, durch Erwerbsarbeit und das erste soziale Netz (insbesondere gesetzliche Kranken-, Unfall-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung). Entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip haben hier der Staat und die Selbstverwaltungskörperschaften eine tragende Rolle zu übernehmen;
- die Anerkennung der Bedeutung der Familie und der gegenseitigen Abhängigkeit, Solidarität und Reziprozität zwischen den Generationen für die soziale Entwicklung;
- eine bedarfsgerechte und qualitätsorientierte Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen (z.B. die Gesundheitsversorgung, Rehabilitation und Pflege)
- die Nutzung der wissenschaftlichen Forschung, des wissenschaftlichen Sachverstands sowie der technologischen Möglichkeiten, um den individuellen, sozialen und gesundheitsspezifischen Auswirkungen des Alterns gezielt zu begegnen.

# DEMOGRAFISCHE TRENDS

Im Burgenland lebten zu Jahresbeginn 2019 laut Zentralem Melderegister 293.433 Menschen, das sind um 10.656 mehr als noch 2009. Die Bevölkerungszahl ist damit um +3,8% angestiegen. Im selben Zeitraum hat sich die Zahl der über 60-jährigen von 70.634 auf 86.024 um 21,8% erhöht.

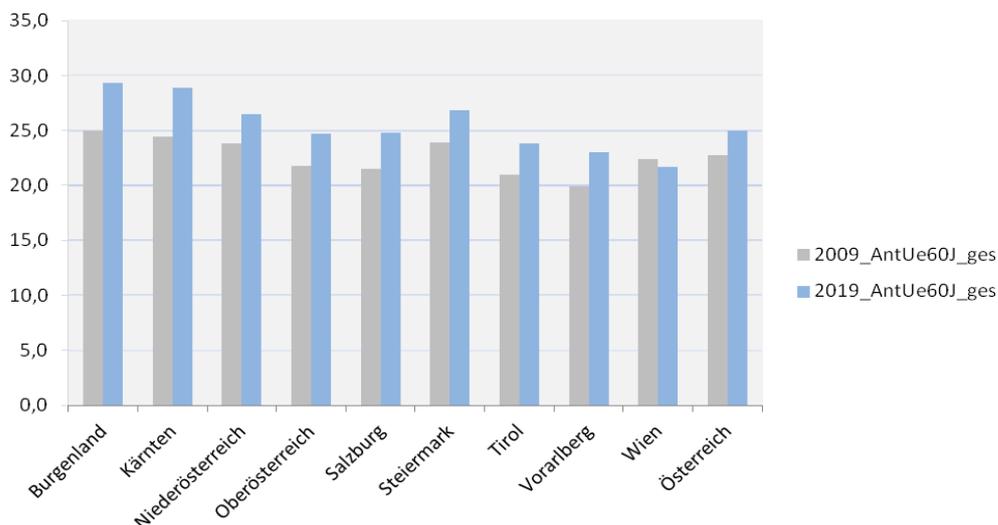
## *Das Burgenland ist das „älteste“ Bundesland Österreichs*

Der Anteil der über 60-jährigen Wohnbevölkerung erreicht im Burgenland mit 29,3% den höchsten Wert im Bundesländervergleich (AT 25%). Grund dafür ist eine negative Geburtenbilanz, da das Burgenland österreichweit schon seit Jahren die niedrigsten Geburtenraten aufweist.

Derzeit sind

- 13,8% der Bevölkerung des Burgenlandes zwischen 60 und 70 Jahre alt,
- 9,4% zwischen 70 und 80 Jahre und
- 6,1% über 80 Jahre.

**Abb. 1:** Anteil der über 60-jährigen Wohnbevölkerung an der Gesamtbevölkerung 2009 und 2019



Quelle: Statistik Austria, eigene Darstellung

Die nordburgenländischen Bezirke verzeichnen mit Ausnahme von Rust niedrigere Anteile an über 60-jährigen. Die Stadt Eisenstadt hat mit 25,5% den landesweit niedrigsten Anteil, in Rust sowie den mittel- und südburgenländischen Bezirken liegen die Werte über dem landesweiten Durchschnitt, wobei der Bezirk Güssing mit 33,4% den Spitzenwert erreicht.

**Tab. 1.:** Gemeinden mit den *niedrigsten* Anteilen an über 60-jährigen

Gemeinde	im Bezirk	Anteil der über 60-jährigen 2019 in %
Bruckneudorf	NS	19,1
Parndorf	NS	19,3
Wimpassing an der Leitha	EU	20,0
Neustift an der Lafnitz	OW	21,3
Loipersdorf-Kitzladen	OW	21,7
Neusiedl am See	NS	22,4
Wiesfleck	OW	22,8
Unterrabnitz-Schwendgraben	OP	23,3
Wolfau	OW	23,5
Kittsee	NS	23,8

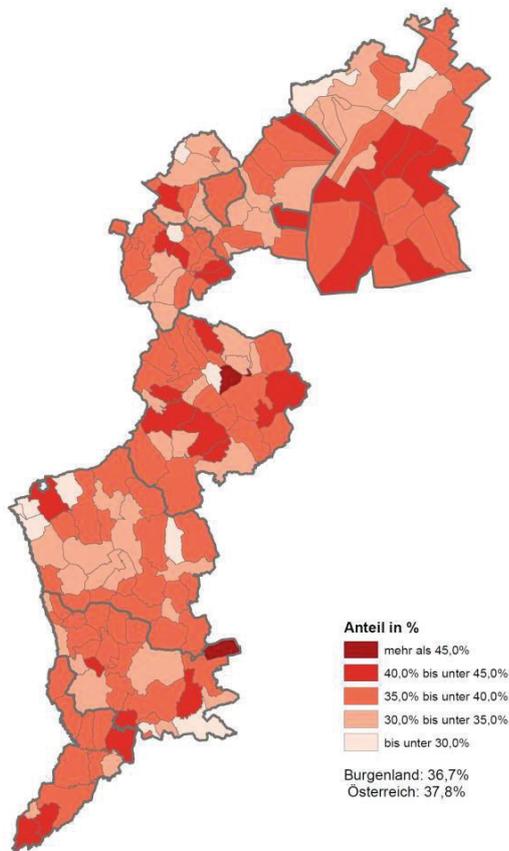
**Tab. 2.:** Gemeinden mit den *höchsten* Anteilen an über 60-jährigen

Gemeinde	im Bezirk	Anteil der über 60-jährigen 2019 in %
Tschanigraben	GS	43,1
Schandorf	OW	42,3
Nikitsch	OP	42,2
Strem	GS	41,6
Neustift bei Güssing	GS	41,0
Großwarasdorf	OP	40,5
Deutsch Schützen-Eisenberg	OW	39,2
Heiligenbrunn	GS	38,4
Eberau	GS	38,1
Tadten	NS	38,0

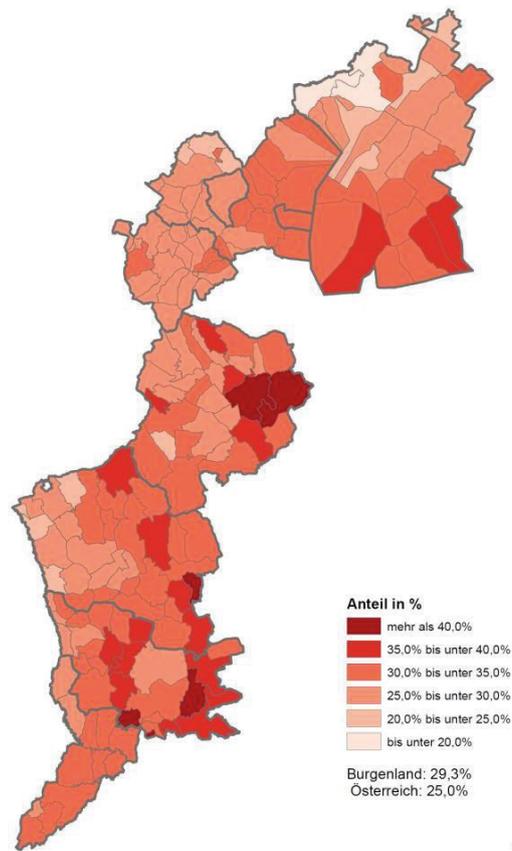
Quelle: Statistik Austria

Abb. 2: Anteil der älteren Wohnbevölkerung nach Gemeinden 2019

Anteil der Über-75-Jährigen an den Über-60-Jährigen 2019



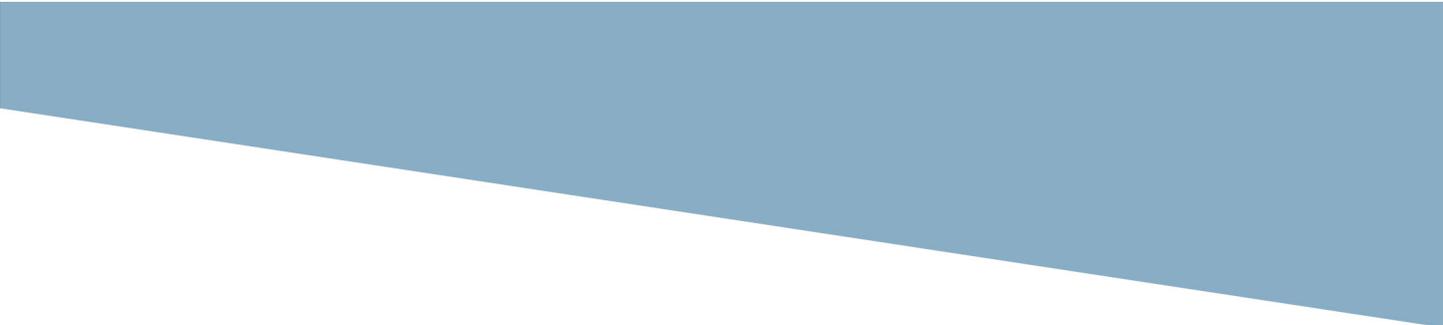
Anteil der Über-60-Jährigen an der Gesamtbevölkerung 2019



Quelle: Statistik Austria, eigene Darstellung

### *...wird auch in Zukunft älter*

Nach der derzeit vorliegenden Bevölkerungsprognose der ÖROK (Basisjahr 2018) wird für das Burgenland mit einem Bevölkerungswachstum bis zum Jahr 2030 von 4% auf rund 303.560 Personen gerechnet. Die Zahl der über 65-jährigen wird bis zum Jahr 2030 von 63.040 auf 81.695 steigen, die Zahl der „hochaltrigen“ Menschen im Alter von 85 und mehr Jahren von 8.749 auf 11.824.



Damit wird sich auch der Anteil der über 65-jährigen Wohnbevölkerung an der Gesamtbevölkerung von 22% auf 27% erhöhen.

### *...und ist nicht mehr weiblich*

Vor rund 10 Jahren waren 75% der über 75-jährigen Personen Frauen, heute sind es immer noch 60%, laut der aktuellen Bevölkerungsprognose von Statistik Austria wird dieser Anteil bis 2030 auf 57% sinken.

Die durch den Zweiten Weltkrieg hervorgerufenen geschlechtlichen Ungleichheiten in der Altersstruktur verschwinden damit zusehends. Darüber hinaus gleicht sich die Lebenserwartung von Männern und Frauen an, ein weiterer Faktor, der diese Entwicklung befördert.

### *...die Lebenserwartung steigt weiter*

In Österreich liegt derzeit die durchschnittliche Lebenserwartung für einen heute geborenen Buben bei 79,3 Jahren und für ein Mädchen bei 84,0 Jahren. Ein heute 60-jähriger Mann kann durchschnittlich mit weiteren 22 Jahren und eine Frau mit weiteren 26 Lebensjahren rechnen. Die Lebenserwartung steigt etwa alle fünf Jahre um ein weiteres Jahr.

Im Burgenland ist die Lebenserwartung etwas niedriger und liegt derzeit für einen heute geborenen Buben bei 79,0 Jahren und für ein Mädchen bei 83,6 Jahren. Damit haben im Bundesländervergleich Burgenländer nach Wien und Kärnten die drittniedrigste und Burgenländerinnen nach Wien die zweitniedrigste Lebenserwartung.

Die steigende Lebenserwartung ist das Ergebnis einer deutlichen Verbesserung von Gesundheit und Lebensqualität. Dieser Trend dürfte sich fortsetzen, mit einer Verringerung der Unterschiede in der Lebenserwartung von Männern und Frauen.

### *...die Geburtenrate steigt tendenziell leicht an*

Im Burgenland liegt die Gesamtfertilitätsrate (durchschnittliche Kinderzahl pro Frau) bei 1,38 (Österreich: 1,48). Vor rd. 10 Jahren waren es 1,25 bzw. 1,41 im Österreichschnitt. Dieser Mittelwert liegt damit – wie Demografinnen zu sagen pflegen – immer noch unter dem „Bestandhaltungsniveau“ von etwa 2 Kindern pro Frau.

Weiters ist zu beobachten, dass sich das Alter der Mutter bei der Geburt eines Kindes immer weiter erhöht („Aufschieben“ von Geburten). Das durchschnittliche Fertilitätsalter lag im Jahr 2018 bereits bei 30,9 Jahren, um 1,5 Jahre mehr als 2007, wobei das durchschnittliche Fertilitätsalter bei der Geburt des ersten Kindes besonders stark gestiegen ist.

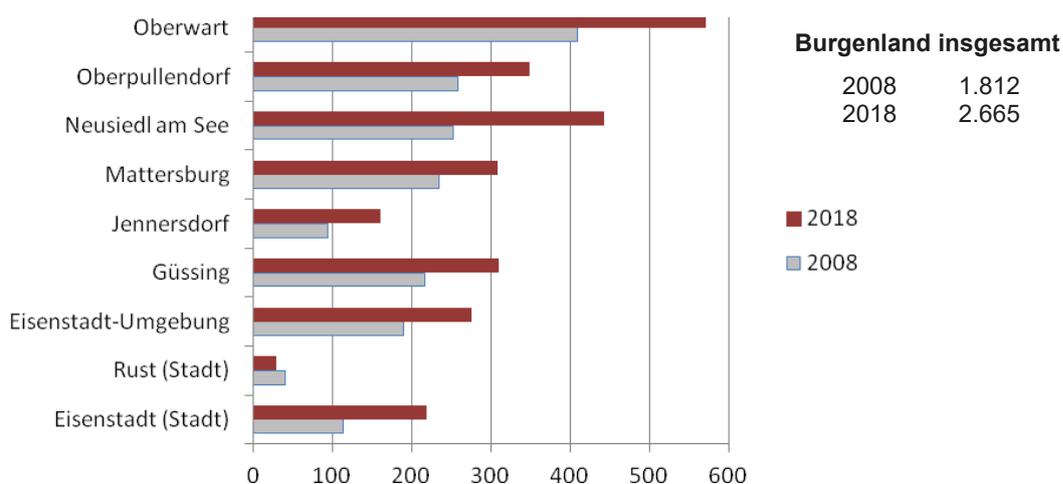
Im europäischen Kontext zeigt sich, dass nur dort, wo aktive Bevölkerungs- bzw. Familienpolitik betrieben wird, die Bevölkerungszahl stabil gehalten bzw. erhöht werden kann. Bevölkerungsrückgänge bzw. hohe Anteile älterer Menschen sind durchwegs in ländlichen, vor allem peripheren Regionen anzutreffen.

### ...die Bevölkerung wird mobiler

Wanderung und Migration werden auch in Zukunft die Bevölkerungsentwicklung und –struktur des Burgenlandes bestimmen.

So war es auch die positive Wanderungsbilanz, die zur positiven Bevölkerungsentwicklung in den letzten Dekaden beigetragen hat. Das Burgenland profitiert zu einem überwiegenden Teil von Zuwanderung aus dem Inland. Als Folge der verbesserten Verkehrsanbindung vieler Gemeinden ist es zu Neuansiedlungen oder zu einem Rückzug von Personen aus dem Ballungsraum Wien in ihre ursprünglichen Heimatgemeinden gekommen. Auch hat sich, dem allgemeinen Trend folgend, die Zuwanderung aus dem Ausland verstärkt. Die verkehrsgünstigen, den Ballungsräumen nahen und entlang öffentlicher Verkehrswege gelegenen Gemeinden profitieren vom Zuzug am meisten, die peripheren Gemeinden verlieren weiterhin an Bevölkerung.

**Abb. 3:** Zuwanderung der in- und ausländischen über 60-jährigen Bevölkerung 2008 und 2018



Quelle: Statistik Austria, eigene Darstellung



### *...ausgeprägte regionale Unterschiede*

Bevölkerungsentwicklung und -struktur, die wirtschaftliche Entwicklungsdynamik, die Siedlungsstruktur und damit auch die Erreichbarkeitsverhältnisse unterscheiden sich in den einzelnen Regionen des Burgenlandes sehr stark voneinander. So stehen kompakten mittleren bis größeren Dörfern im Norden, kleine Ortschaften im Süden gegenüber, deren Bevölkerungsentwicklung vielfach rückläufig ist. Je kleiner die Dörfer und je heterogener die Siedlungsstruktur umso schwieriger ist es, die Gemeindeinfrastruktur aufrecht zu erhalten. Auch der hohe PendlerInnenanteil in vielen Gemeinden beeinflusst die Aktivitäten in den Gemeinden, speziell in jenen, wo der Anteil der WochenpendlerInnen sehr groß ist. Eine niedrige Bevölkerungsdichte und damit eine geringe Nachfrage nach diversen Dienstleistungen erschwert die flächendeckende Versorgung bspw. mit Nahversorgung, Gesundheitseinrichtungen oder öffentlichem (Nah)Verkehr. All diese Faktoren sind von Bedeutung für eine Politik mit und für SeniorInnen, vor allem dann, wenn die persönliche Mobilität der Menschen eingeschränkt ist.

Diese angesprochenen Aspekte brauchen besondere Aufmerksamkeit. Entsprechende Formulierungen zu Wohnen, Verkehr, Erreichbarkeit von diversen Einrichtungen aus dem Leitbild der älteren Generation 2008 fanden daher auch ins Landesentwicklungsprogramm 2011 Eingang.

# ÜBERS ALTER & DAS ALTERN

Franz Kolland leitet seinen Artikel mit dem Titel „Neue Kultur des Alterns (2015, S.2) wie folgt ein: „Das Alter(n) ist nicht nur eine biologische und soziale, sondern auch eine kulturelle Tatsache. Altern ist ein heterogenes Phänomen, das von Werturteilen und Weltanschauungen bestimmt wird. Es ist eine vielgestaltige Weise der Vergesellschaftung von Individuen, an der das ökonomische, soziokulturelle und politische System dauernd arbeitet.“

Der Begriff „Senior“ stammt aus dem Lateinischen senior = „älter“ und meinte den „Älteren“ in einem Familienverband oder den „Ältesten“ einer (kirchlichen) Gemeinschaft. Dazu kommt noch die Bedeutung wie Oberhaupt (der Familie) oder im Unternehmenszusammenhang älterer Teilhaber, Seniorpartner, Seniorchef oder Senior Expert. Auch im Sport wird zwischen Senior- und Junior(mannschaften) unterschieden, die Altersgrenze liegt allerdings je nach Sportart bei 18 oder 20, 21 oder 23 Jahren.

Wer ist heute alt? Spätestens dann, wenn wir aus dem Arbeitsprozess ausscheiden, sind wir alt, gehören wir zur Gruppe der SeniorInnen. Am Arbeitsmarkt gilt Mann/Frau vielfach schon mit 40 als alt. Alt sein wird gemeinhin mit dem Erhalt von Transferleistungen wie Pensionen in Verbindung gebracht. Alt sein wird oftmals mit „Belastung“ für die Gesellschaft, für die Familie, gleichgesetzt, denken wir nur an die Diskussion um die Pensionsreform oder an die Pflegedebatte. Im Bundesseniorenplan (2005, S.8) heißt es dazu: „Das Bild des älteren Menschen ist derzeit immer noch vom „Defizitmodell“ geprägt, das auch von der älteren Generation verinnerlicht wird. *Dieses Stereotyp steht in eklatantem Widerspruch zur produktiven Leistung dieser Bevölkerungsgruppe.* Sowohl im formellen als auch im informellen Sektor und auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Engagements steht dem falschen Bild ein nicht zu überschätzendes Maß an produktiver Leistung gegenüber ...“

Die ältere Generation ist als Gruppe heterogener, vielfältiger geworden. Die Lebensphase „Alter“ umfasst heute einen Zeitraum von mindestens zwei bis drei Jahrzehnten. Dabei wird die Periode zwischen dem Ende der Berufstätigkeit und etwa dem 75. Lebensjahr als „dritter“ Lebensabschnitt bezeichnet, an den anschließend sich - aufgrund der Verbesserung der Lebensverhältnisse und des medizinischen Fortschritts - der sogenannte „vierte“ Lebensabschnitt herausgebildet hat.

## *Ein neues Altersbild ist dringend notwendig*

Es wird immer schwieriger von „dem Senior“ oder „der Seniorin“ zu sprechen, viel zu unterschiedlich sind die Interessen und Bedürfnisse, viel zu unterschiedlich sind die Einstellungen, Verhaltensweisen, die Lebensstile, die ökonomische und soziale, sowie die gesundheitliche Situation der älteren Menschen. Begriffe wie die „jungen Alten“, die „alten Alten“ und die Hochbetagten sind nur ein Ausdruck dieser Entwicklung. Und trotzdem wird in der öffentlichen Diskussion und Wahrnehmung die ältere Generation immer noch als homogene Gruppe mit gleichen/ähnlichen Lebensbedingungen dargestellt und Alter mit dem Verlust von Lebensqualität und nachlassender Produktivität gleichgesetzt.

Derzeit tritt die erste Nachkriegsgeneration in den Ruhestand, gefolgt von der Generation der Babyboomer. Diese Generationen sind nicht nur ohne Kriegserfahrungen aufgewachsen, sie hatten vielfach bessere Bildungs- und Karrierechancen als ihre Elterngeneration und breitere Möglichkeiten der Mitbestimmung. Andere Prägungen und Chancen, die sozialpolitischen Errungenschaften, die Weiterentwicklung der medizinischen Versorgung und nicht zuletzt stärker individualisierte Lebensentwürfe und vielfältigere Lebensverläufe tragen dazu bei, dass sich Älterwerden und alt sein, sowie der Zugang und die Sichtweise hierzu gewandelt haben und in Zukunft weiter wandeln werden.

Das Älterwerden umfasst sowohl Veränderungen, die als Gewinn als auch solche, die als Verlust empfunden werden. Positiv und negativ erlebte Erfahrungen mit dem Älterwerden müssen nicht notwendigerweise nacheinander, sondern können sehr wohl auch gleichzeitig auftreten. Beides, die Entwicklung und Umsetzung von Potenzialen auf der einen Seite und der Umgang mit Übergangssituationen des Alters auf der anderen Seite, sind zentrale gesellschaftliche und individuelle Aufgaben in einer Gesellschaft des langen Lebens. Auf der individuellen Ebene ist es bis ins hohe Alter eine Herausforderung, die eigenen Ressourcen und Kompetenzen zu erkennen und zu nutzen. Gleichzeitig geht es auch darum, sowohl die physischen und psychischen Veränderungen im Alter, als auch die Unterstützung anderer Menschen bewusst anzunehmen. Auf der gesellschaftlichen Ebene geht es um eine aktive, zukunftsgerichtete Beschäftigung mit den sich daraus ergebenden Herausforderungen an das Gemeinwesen (Infrastruktur, Sozialsystem usw.). Daher sind auch in dieser Hinsicht differenzierte gesellschaftliche Altersbilder notwendig, die alle Facetten des Älterwerdens berücksichtigen.

## *Ältere Menschen geben wertvolle Impulse für die Gesellschaft*

Ältere Menschen/SeniorInnen sind ein wichtiger und immer größer werdender Teil unserer Gesellschaft. Sie haben im Laufe ihres Lebens einen vielfältigen Erfahrungsschatz aufgebaut, den es gilt, für die gesellschaftliche Entwicklung nutzbar zu machen.

Für die Gestaltung der sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklung ist es von großer Bedeutung, auf diesen besonderen Erfahrungsvorsprung zurückzugreifen und diesen weiterzuentwickeln. Voraussetzung dafür ist eine positiv aktive Auseinandersetzung mit dem Alter und seinen Begleiterscheinungen sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlicher Ebene: Alter nicht als Defizit erleben und begreifen, sondern als Chance. Einerseits bedeutet das, ein Leben zu führen, das solange wie möglich von Selbstständigkeit und Autonomie geprägt ist und andererseits – wenn notwendig und sinnvoll – Unterstützung selbstverständlich in Anspruch zu nehmen.

Zu einem positiven Bild des Alters gehört auch der Blick auf die innerfamiliären Austauschbeziehungen, auf die materiellen und nicht zuletzt auch auf die (informellen) Leistungsflüsse von Alt zu Jung. Hinzuweisen wäre in diesem Zusammenhang vor allem auf die Leistungen der älteren Generation im Zusammenhang mit Kinderbetreuung, die finanzielle Unterstützung etwa bei der Beschaffung von Wohnraum oder im Zusammenhang mit Bildung oder Firmenübertragungen auf die nachkommende Generation.

Ein zukunftsorientierter Ansatz hat aber auch die Veränderungen in der Arbeitswelt und damit verbunden die Veränderungen im Verhältnis der Generationen in die Überlegungen mit einzubeziehen. Eine Generation relativ wohlhabender älterer Menschen, die Konsum und soziale Sicherheit genießen, wird in Zukunft einer großen Gruppe (junger) Menschen gegenüberstehen, die sich trotz hohem Bildungsniveau oftmals in prekären unregelmäßigen Arbeitsverhältnissen befinden. Die daraus entstehenden Interessenkonflikte im Zusammenhang mit (Um)Verteilungsfragen und sozialer Absicherung werden nur im Rahmen einer umfassenden am Gemeinwohl orientierten Generationenpolitik lösbar sein.

### **Zielsetzung**

- Stärkung einer am Gemeinwohl orientierten Generationenpolitik durch Solidarität der Generationen

## **Handlungsempfehlungen**

- Die Vielfalt des Alters und die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Männern und Frauen der älteren Generation sichtbar machen und ein positives Bild des Alters vermitteln,
- Die Beiträge älterer Menschen, ihre Leistungsfähigkeit und ihr Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Gesellschaft sichtbar machen,
- Die Diskussion um eine bereichsübergreifende Generationenpolitik verstärken, um der latenten Minderbewertung des Alters entgegenzuwirken,
- Den Austausch zwischen den Generationen durch generationsintegrative Initiativen und Projekte auf allen Ebenen verstärken,
- Eine altersfreundliche Darstellung und höhere Repräsentanz (entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil) in den Medien durch verstärkte Medienarbeit und Berichterstattung forcieren,
- Das Wissen über das Alter(n) und die Veränderungen im Laufe der Zeit vertiefen und regelmäßig aktualisieren und zum Abbau von Diskriminierung und Vorurteilen gegenüber der älteren Generation beitragen.

## **Kooperationsnetzwerk**

Interessenvertretungen

ExpertInnen

Medien

Land / Gemeinden

Land

Vereine

## **Vorgeschlagene (Leuchtturm)projekte**

- „Das SeniorInnen Magazin“ – Kooperation mit verschiedenen Medien mit regelmäßigen Themen und Berichterstattung
- Foto-Wanderausstellung in Kooperation mit Fotoclubs im Burgenland

## **Alters- und altersgerechtes Arbeitsumfeld**

Die Zahl der älteren ArbeitnehmerInnen steigt stetig an. Waren in Österreich im Jahr 2000 rd. 205.000 über 55-jährige Menschen bzw. 32.000 über 65-jährige Menschen erwerbstätig, ist die Zahl bis 2018 auf 473.000 bzw. 78.000 angestiegen. Der Anteil der über 55-Jährigen an den gesamten Erwerbstätigen hat sich damit von 7,7% auf 16,5% erhöht. Die Gruppe der älteren ArbeitnehmerInnen wird auch in Zukunft kontinuierlich größer werden, und das nicht nur aufgrund des steigenden Pensionsantrittsalters.

Ältere Erwerbstätige sind durchaus aktiv, weisen großes Erfahrungswissen auf und wollen sich intensiv in den Arbeitsprozess einbringen. Für die Unternehmen stellen gerade diese ArbeitnehmerInnen ein nicht zu unterschätzendes Potenzial dar.

Im Zusammenhang mit dem Thema Alter und Arbeit werden zwei verschiedene Begriffe unterschieden. Unter „*altersgerechtem Arbeiten*“ wird der Erhalt von Gesundheit und Arbeitsfähigkeit durch entsprechende Arbeitsbedingungen für alle Generationen verstanden, d.h. Arbeit ist dann altersgerecht, wenn sie vom Einstieg ins Berufsleben bis zum Erreichen des Pensionsantrittsalters bei guter physischer und psychischer Gesundheit ausgeübt werden kann. Entsprechende Arbeitsbedingungen sind daher ein wesentlicher Faktor, um die Zahl der gesunden Lebensjahre insgesamt zu erhöhen und ein wichtiger Aspekt der Gesundheitsprävention.

Im Gegensatz dazu zielt der Begriff „*altersgerecht*“ auf eine spezifische Altersgruppe ab, d.h. die Veränderungen der physischen und psychischen Leistungsfähigkeit werden bei der Arbeitsgestaltung und bei den Arbeitsanforderungen an ältere ArbeitnehmerInnen dem geänderten Leistungsvermögen im Alter angepasst (z.B. Abnahme des Sehvermögens oder der Muskelkraft), die Schwächen werden kompensiert. Die Möglichkeit der Altersteilzeit oder der Flexibilisierung setzt bspw. bei diesem Ansatz an.

### **Zielsetzung**

- Gesunde, alter(n)sgerechte Arbeitsbedingungen und betriebliche Gesundheitsstandards für alle Generationen

## **Handlungsempfehlungen**

- Ausweitung der Angebote zum Erhalt der Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit älterer ArbeitnehmerInnen,
- Sichtbarmachen der Stärken älterer Menschen/ ArbeitnehmerInnen und den Wert des Erfahrungswissens in den Betrieben und in der Gesellschaft,
- Sensibilisierungsaktivitäten für ArbeitnehmerInnen und UnternehmerInnen für eine gesundheitsförderliche Arbeitswelt,
- Ausweitung von bedarfsgerechten betrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen für ältere ArbeitnehmerInnen,
- Altersgerechte Gestaltung der betrieblichen Sicherheits- und Gesundheitsstandards,
- Ausweitung von generationengerechten Beschäftigungsmöglichkeiten und Verankerung einer generationenübergreifenden Personalentwicklung in den Betrieben.

## **Kooperationsnetzwerk**

Interessenvertretungen (SeniorInnen, AK, Gewerkschaft, WK, IV)

ExpertInnen, Beratungsorganisationen (z.B. fit2work)

Für Arbeit und Soziales zuständiges Bundesministerium

AMS

(Betriebs-)Ärzte

Sozialversicherungsträger

Land / Gemeinden

Bildungseinrichtungen

Arbeitsinspektorat

# PENSIONEN

Mit der Pension verbinden viele Menschen die Hoffnung, nach dem Erwerbsleben Zeit für das zu haben, was sie schon immer einmal machen wollten. Gesundheit und soziale Absicherung sind dafür die Voraussetzung. Dieser individuellen Herangehensweise steht die gesellschaftliche Bewertung des dritten Lebensabschnittes gegenüber: Nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben treten wir - nach derzeitiger weitverbreiteter, veröffentlichter Ansicht - in ein System ein, das sich die Gesellschaft angeblich nicht mehr leisten kann bzw. in Zukunft nicht mehr leisten wird können. Pensionen und Ausgaben für die ältere Generation finden sich unter dem Titel Sozialausgaben und werden als Belastung des Budgets gesehen und sind nach Meinung vieler, die das Pensionssystem verändern wollen, die größte Bedrohung für die öffentlichen Finanzen.

Pensionseinkommen sind ein selbstverständliches Einkommen zur Sicherung des Lebensstandards im dritten und vierten Lebensabschnitt und nicht Belastung für die Gesellschaft bzw. das Budget. Diese Sichtweise gilt es in Zukunft zu verstärken, vor allem dann, wenn es um die Erhöhungen der Pensionen und in weiterer Folge um die Sicherung des Pensionssystems geht.

Das österreichische Pensionssystem ist eines der leistungsfähigsten der Welt und sichert eine akzeptable Altersversorgung. Das umlagefinanzierte Pensionssystem basiert auf dem sogenannten Generationenvertrag. Die Menschen werden älter, das Verhältnis derer, die ins „System“ einzahlen und den PensionsbezieherInnen verändert sich. Die vorliegenden Prognosen gehen davon aus, dass sich das Verhältnis zwischen Erwerbspersonen und Personen über 65 Jahren auf über 40% erhöhen wird. Um die Pensionen zu sichern, leistet daher auch der Staat aus Steuermitteln seinen Beitrag zum Pensionssystem: dieser Bundeszuschuss liegt seit vielen Jahren bei ca. 14% des Bruttoinlandsproduktes. Laut EU-Ageing-Report (2018) zur Finanzierbarkeit der Pensionen heißt es, dass unter aktuellen Bedingungen die österreichischen Gesamtausgaben für sämtliche Pensionen (gesetzliche und Beamte) bis 2070 von derzeit rd. 14% des BIP auf 14,3% des BIP ansteigen werden und damit stabil bleiben.

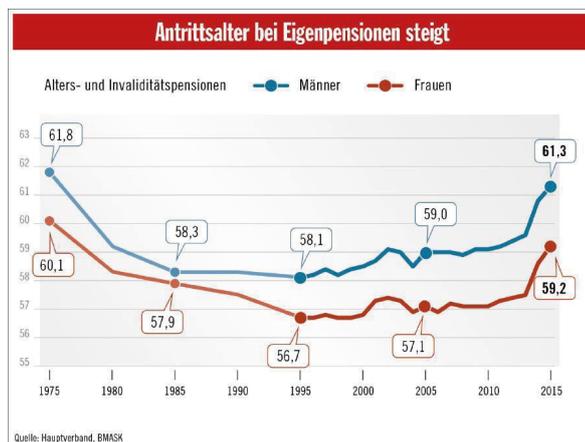
Um zu verhindern, dass sich soziale Ungleichheiten (im Alter) herausbilden und/oder verstärken, wird es notwendig sein, Zukunftsmodelle für ein starkes und solidarisches Pensionssystem zu entwickeln. Angesichts der Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt in Richtung Verbreitung atypischer Beschäftigungsformen, der Veränderungen in den familiären Konstellationen und in der demografischen Zusammensetzung der Bevölkerung bedarf das bestehende Pensionssystem einer inhaltlichen Ergänzung unter Berücksichtigung dieser Faktoren.

Es ändern sich die demografischen Rahmenbedingungen, es ändert sich die Arbeitswelt, der Zugang und die Form der Arbeit bei insgesamt steigender Produktivität – all das ist in die Überlegungen zur Anpassung des Pensionssystem mit einzubeziehen. Um die Finanzierbarkeit des Pensionssystem auch in Zukunft für alle sicherzustellen, wäre es daher notwendig, verstärktes Augenmerk, sowohl auf die quantitativen und qualitativen Faktoren von Beschäftigung und Arbeitsmarkt, als auch auf die Leistungsfähigkeit der Gesamtwirtschaft zu legen. Es stellt sich nicht die Frage, ob wir uns die Pensionen leisten können, sondern ob wir sie uns leisten wollen und wir - die Gesellschaft - auch bereit sind, diese zu finanzieren.

### *Pensionsantrittsalter leicht steigend*

In Österreich gab es 2017 ca. 2,10 Mio. PensionistInnen, davon waren 1,16 Mio Frauen und 0,93 Mio Männer. Im Burgenland waren es insgesamt rd. 83.000 Personen, 55% davon waren Frauen. Gegenüber 2007 ist die Zahl der PensionistInnen im Burgenland um 14 % gestiegen, im Österreichdurchschnitt war der Zuwachs mit 9,2% etwas niedriger.

Abb. 4: Antrittsalter bei Eigenpensionen



Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Das durchschnittliche Pensionsantrittsalter in Österreich steigt seit den späten 1990er Jahren (hier wurden Tiefstwerte von 57,4 Jahre erreicht) kontinuierlich und lag 2018 bei 60,4 Jahren. Und doch gehen viele ÖsterreicherInnen immer noch so früh wie kaum sonst wo in der EU in Pension - Männer mit durchschnittlich 61,5, Frauen mit 59,4 Jahren.



In keinem anderen Land in Europa gehen Frauen so viel früher in Pension als Männer, was noch aus einer Zeit nachwirkt, in der Fraueneinkommen als Zusatzeinkommen des Mannes gesehen wurde. Ab 2024 wird das Antrittsalter von Frauen schrittweise an jenes der Männer angehoben. Für pragmatisierte Frauen und Beamtinnen gilt schon heute ein Antrittsalter von 65 Jahren. Mehr als 89% der Männer, die in Alterspension gehen, haben mehr als 40 Versicherungsjahre erworben. Bei Frauen beträgt dieser Anteil knapp 41%.

### *Frauen holen beim Pensionsbezug auf*

Im Jahr 2018 betrug das mittlere Nettojahreseinkommen (Median) von PensionistInnen im Österreichdurchschnitt EUR 18.350 (Frauen: EUR 15.039, Männer: EUR 22.259), im Burgenland EUR 17.974 (Frauen: EUR 14.308, Männer: EUR 21.608).

Das mittlere Nettojahreseinkommen (Median) von PensionistInnen stieg im Burgenland mit +35,5% am stärksten im Vergleich mit den anderen Bundesländern (Österreichdurchschnitt ca. 28%), wobei der Anstieg bei den Frauen stärker ausgefallen ist. (AT 33,7%, B 46,9%). Im selben Zeitraum stiegen die Einkommen der Pensionisten um nur 26,9% in Österreich und um 32,3% im Burgenland. Diese Entwicklung hat zur Folge, dass sich die Einkommen der Pensionistinnen und der Pensionisten langsam angleichen, wenngleich die Pensionen der Frauen immer noch mehr als ein Drittel unter denen der Männer liegen. Das mittlere Nettojahreseinkommen (Median) der Pensionistinnen lag im Jahr 2007 im Burgenland noch bei 59,6% (Österreich: 64,1%) des Männerbezugs, bis zum Jahr 2017 stieg dieser Anteil auf 66,2% (Österreich: 67,6%) an.

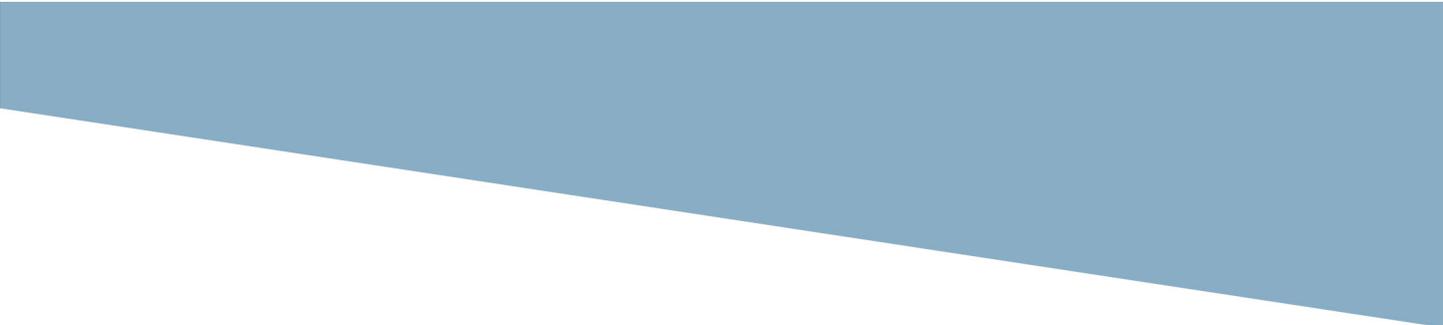
7.465 Personen bezogen Ende 2018 im Burgenland eine Ausgleichszulage (AZL) (8,8% aller Pensionen) in Durchschnittshöhe von EUR 296,-. Der AZL-Richtsatz betrug im Jahr 2018 für Alleinstehende EUR 909,42, für Ehepaare EUR 1.363,52.

### **Zielsetzung**

- Die Gesellschaft als Gesamtes muss die Verantwortung für die finanzielle Sicherung im Alter wahrnehmen,

### **Handlungsempfehlungen**

- Intensivierung der Diskussion um die (zukünftige) Finanzierung der Pensionen, Prüfung von Vorschlägen wie Produktivitätsgewinne zur Finanzierung von Pensionen herangezogen werden können (z.B. Wertschöpfungsabgabe),

- 
- Einkommens- und Kaufkraftsicherheit für alle PensionistInnen gewährleisten und der Altersarmut entgegenwirken,
  - Einkommensgrenzen bei den an die Höhe der Pensionen gebundenen Sozialleistungen (z.B. Heizkostenzuschuss) bspw. durch Bindung an das Beziehen der Ausgleichszulage anpassen,
  - Sicherstellung der Einbindung des Österreichischen Seniorenrates bei allen Fragen die das Pensionssystem sowie die Entwicklung der Pensionen betreffen,
  - Prüfung, inwieweit sich die Anwendung von Preisindex für Pensionistenhaushalte (PIPH) im Jahr 2016 durch den Österreichischen Seniorenrat bewährt hat, (aktuell wird der "Persönliche Inflationsrechner" als Alternative von Statistik Austria angeboten).

#### **Kooperationsnetzwerk**

Interessenvertretungen (SeniorInnen)

Parteien

ExpertInnen

Bundesministerien (Arbeit und Soziales, Finanzen, Gesundheit)

Kranken-/Pensionsversicherungen

## ÄLTERE MENSCHEN ALS KONSUMENTEN & KONSUMENTINNEN

SeniorInnen sind ein erheblicher Wirtschaftsfaktor. Die Generation 50+ verfügt über mehr als ein Viertel des heimischen Kaufkraftvolumens und kann derzeit um einiges mehr ausgeben als der Durchschnitt der Bevölkerung. Finanziell besonders potent sind die 50- bis 60-Jährigen. Die SeniorInnen sind allerdings, wie schon der Hinweis auf die unterschiedlichen Lebensstile zeigt, keine homogene KonsumentInnengruppe, sondern haben sehr unterschiedliche Konsumgewohnheiten.

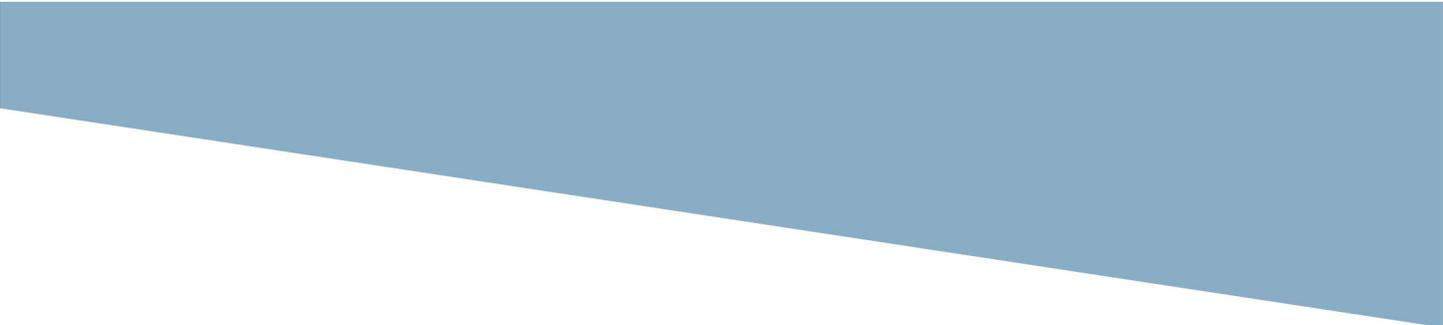
Die Bedürfnisse der älteren Generation werden in ihrer Differenziertheit von den Unternehmen kaum bzw. nur sehr einseitig wahrgenommen, was anhand der Werbung gezeigt werden kann. In der Werbung tauchen Menschen über 50 eher selten auf, und wenn, dann nur als krankheitsanfällige, hilfsbedürftige Menschen. Geworben wird für Schmerzmittel, Inkontinenzschutz, Treppenlifte, Abführmittel. Normale Alltagsprodukte wie Lebensmittel, Telekommunikation oder Autos werden ausschließlich von jungen, fitten Menschen und Familien beworben.

Derzeit stehen sich also zwei unterschiedliche Altersbilder gegenüber: ein defizitäres Altersbild, das den älteren KonsumentInnen die emotionalen und kognitiven Fähigkeiten abspricht, steht einem positiven Altersbild gegenüber, das den Älteren eine gleich hohe Leistungsfähigkeit und Informationsverarbeitungskapazität wie den Jüngeren oder sogar eine besondere Konsumkompetenz aufgrund jahrelanger Erfahrung zuspricht.

Die Ansicht, bei den Älteren handle es sich um eine unflexible, unfähige und unattraktive Zielgruppe hat sich in den letzten Jahren gewandelt hin zur Meinung, die Älteren sind eine konsumfreudige, kompetente und kaufkraftstarke Zielgruppe und - sofern genügend Einkommen vorhanden - aufgeschlossen für hochwertige und anspruchsvolle Angebote bei Gütern des täglichen Bedarfs wie Lebensmittel, Kleidung, Einrichtung sowie Gesundheit, Tourismus, Mobilität usw.

Nichtsdestotrotz können Benachteiligungen älterer Menschen im Bereich Konsum festgestellt werden. Von schwer lesbaren Beschriftungen und Preisauszeichnungen, unverständlichen Gebrauchsanweisungen, unsachgemäßer Beratung und Information insbesondere bei neuen Kommunikationstechnologien bis hin zu Diskriminierung im Bankenbereich (keine bzw. sehr teure Kredite für ältere Menschen, Abbau persönlicher Betreuung usw.), oder das Alter als Ausschlussgrund etwa bei Autovermietern u.ä. reicht das Spektrum.

Konsumentenschutz für ältere Menschen ist ein Thema, das nicht vernachlässigt werden darf, gibt es doch Aspekte, die speziell für die verschiedenen Altersgruppen im



dritten und vierten Lebensabschnitt von Interesse sind - und wenn es darum geht, die Bewusstseinsbildung zu befördern und Rechtssicherheit zu schaffen.

### **Zielsetzung**

- Ältere Menschen als kompetente Zielgruppe wahrnehmen

### **Handlungsempfehlungen**

- Spezialisierung des Konsumentenschutzes für die Anliegen älterer Personen,
- Verstärkte Informationspolitik über konsumentenschutzrechtliche Fragestellung durch die Interessensvertretungen und SeniorInnenverbände,
- Prüfung von speziellen SeniorInnenangeboten hinsichtlich Zugänglichkeit und Leistbarkeit (z.B. Seniorentaxi),
- Einsetzen einer auf die ältere Generation spezialisierten „Ombudsperson – Konsumentenschutz“.

### **Kooperationsnetzwerk**

Interessenvertretungen (SeniorInnen, AK, WK)

ExpertInnen

Bundesministerien (Arbeit und Soziales)

Konsumentenschutzeinrichtungen (z.B. Verein für Konsumenteninformation)

Land

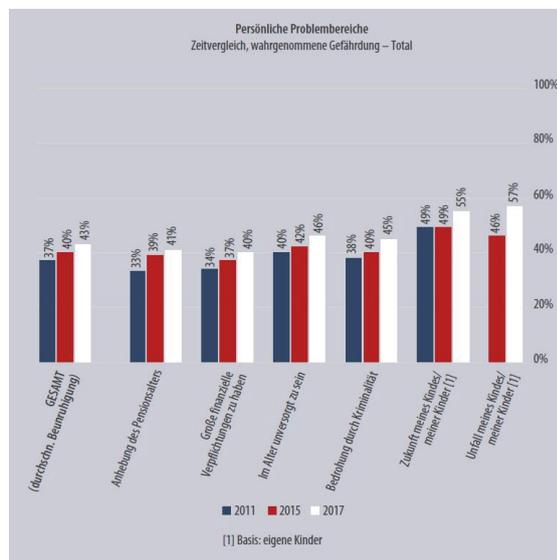
### **Vorgeschlagene (Leuchtturm)Projekte**

Ombudsperson für SeniorInnen und Konsumentenschutz

# SICHERHEIT IM ALTER

Ältere Menschen sind die durch Unfälle am meisten gefährdete Gruppe der Bevölkerung. Ältere Menschen erleiden bei Unfällen häufiger Verletzungen als Junge, und diese Verletzungen heilen oft schlechter und führen häufiger zu Invalidität und Pflegebedürftigkeit oder zum Tod. Das Thema „Sicherheit im Alter“ hat sehr unterschiedliche Facetten, sicheres Wohnen, Sicherheit im öffentlichen Raum, sicher mobil oder Schutz vor Kriminalität sind die wichtigen Aspekte.

**Abb. 5:** Sicherheitsgefühl - Persönlicher Problembereich, Zeitvergleich 2011, 2015, 2017



Quelle: KfV, Der Präventionsmonitor

## Die meisten Unfälle passieren zu Hause und in der Freizeit

Im Haushalt, in der Freizeit und beim Sport passieren die meisten Unfälle. In Österreich haben sich im Jahr 2010 308.300 Menschen alleine bei Haushaltsunfällen verletzt, damit sind das eigene Zuhause und die nähere Wohnumgebung auf Platz Eins der Unfallorte. Seit Jahren steigt die Zahl dieser Unfälle besonders bei SeniorInnen. Das Kuratorium für Verkehrssicherheit (KfV) geht davon aus, dass sich dieser Trend in Zukunft fortsetzen wird und SeniorInnen weiterhin zur Hauptunfallrisikogruppe gehören werden, wobei das höchste Risiko zu verunfallen im Jahr 2035 Frauen ab 65 Jahren haben werden. Mit Zunahmen wird lt. KfV vor allem dort gerechnet, wo die Generation 65+ aktiv sein wird, das sind der Haushalt, gefolgt von Sport (z.B. Wandern oder E-Biken).

## *SeniorInnen und Verkehrssicherheit*

Die Zahl der über 60-jährigen VerkehrsteilnehmerInnen steigt mit dem Anteil der Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung. Viele Menschen fahren auch im hohen Alter noch gerne Auto. Ältere StraßenverkehrsteilnehmerInnen und FahrzeuglenkerInnen werden oft als Risikogruppe dargestellt. Das KfV kommt allerdings zu dem Schluss, dass zwischen 27 und 80 Jahren die Unfallrate mehr oder weniger die gleiche ist, erst ab 80 Jahren steigt das Risiko aufgrund der zunehmenden körperlichen Schwächen stark an. Es wird davon ausgegangen, dass SeniorInnen im Vergleich zu jüngeren VerkehrsteilnehmerInnen durch Erfahrung und Routine, sowie Aufgrund ihres defensiveren Verhaltens und ihrer defensiveren Fahrweise das Risiko minimieren können, was stark vom individuellen gesundheitlichen Abbauprozess abhängt.

## *Österreich ist so sicher wie nie zuvor*

Laut offizieller „Polizeilicher Kriminalstatistik“ ist im Jahr 2018 in Österreich die Zahl der erstatteten Anzeigen im Vergleich zum Jahr 2017 um 7,4% zurückgegangen. Den größten Rückgang verzeichnete Wien mit rd. 11%, gefolgt vom Burgenland mit einem Minus von 9,5%. Seit 2011, dem Jahr mit dem Höchststand an Anzeigen, haben sich die Anzeigen um fast 16% reduziert.

Während die Gewaltkriminalität und die Eigentumsdelikte stark rückläufig sind, ist die Internetkriminalität gestiegen. Sicherheit im Netz wird in Zukunft ein wichtiges Thema bleiben. Einkaufen, Bankgeschäfte abwickeln, Reisen buchen, versenden von wichtigen Dokumenten, e-health, e-governance, ein großer Teil der Kommunikation innerhalb der Familie und im Freundeskreis, zwischen BürgerInnen und Behörden, mit dem Arzt/Ärztin - es gibt viele Ansatzpunkte zu Daten und Informationen zu kommen, die bei einem Angriff von außen zu Problemen führen können.

Obwohl die Kriminalstatistik schon seit einigen Jahren Rückgänge ausweist, erleben die Österreicherinnen und Österreicher die gefühlte Sicherheit etwas anders. Im Rahmen des „Präventionsmonitors“, ein vom KfV in Kooperation mit der Universität Zürich entwickeltes Messinstrument, werden seit 2011 in regelmäßigen Abständen repräsentative Meinungsumfragen zur allgemeinen Wahrnehmung heimischer Sicherheitsdefizite und persönlicher Präventionsmaßnahmen in Sachen Straßenverkehr, Haushalt, Freizeit und Sport sowie Schutz vor Kriminalität durchgeführt. Die Ergebnisse von 2016/2017 zeigen ganz im Gegensatz zur offiziellen Statistik insgesamt eine eher negative Grundstimmung bei steigender Tendenz. Als größte Sicherheitsprobleme werden Straßenverkehrsrisiken und die Kriminalität gesehen.

## **Zielsetzung**

- Erhöhung der allgemeinen Sicherheit im öffentlichen und virtuellen Raum, sowie Senkung der Unfälle im Wohn- und Wohnumfeld, in der Freizeit und im Straßenverkehr

## **Handlungsempfehlungen**

- Stärkere Bewusstseins- und Informationsarbeit in Bezug auf Unfallverhütung und Sicherheit im Haushalt und in der Freizeit,
- Ausweitung der Angebote über Nachschulungen und Erfahrungsaustausch bezüglich Sicherheit im Straßenverkehr,
- Aktivitäten und Angebote entwickeln, die zu mehr Sicherheit im Zusammenhang mit Autofahren im Alter beitragen (z.B. freiwillige Gesundheitschecks und Fahrtauglichkeitsüberprüfungen),
- Maßnahmen zur Hebung des Sicherheitsgefühls im öffentlichen Raum (z.B. Beleuchtung, Beseitigung von „Angsträumen“ durch Erhöhung von Einsehbarkeit, Orientierung und Kennzeichnung, Beseitigung von Hindernissen, ...),
- Bewusstseinsbildung in Bezug auf Kriminalität im Internet/Telekommunikation verstärken.

## **Kooperationsnetzwerk**

Interessenvertretungen (SeniorInnen)

ExpertInnen (insb. auch Datenschutz, ...)

Gemeinden / Land

Verkehrsclubs

Polizei

Kuratorium für Verkehrssicherheit

AUVA

Fahrschulen

## **Freizeit – Kultur – Sport – Lebenslanges Lernen**

Die Menschen werden nicht nur älter, sie sind dabei auch aktiver, gesünder und verfügen über mehr Bildung als frühere Generationen. Viele wollen die „gewonnenen Jahre“ nicht nur für sich, sondern auch für die Allgemeinheit gewinnbringend nutzen und die in Ausbildung und Beruf erworbenen Qualifikationen und sozialen Kompetenzen einbringen. Solidarität, Verantwortungsbewusstsein, die Weitergabe von Erfahrungen, die Suche nach Geselligkeit oder einfach das Gefühl, gebraucht zu werden, sind oftmals die Gründe für ein soziales, kulturelles bzw. gesellschaftspolitisches Engagement. Freiwilliges Engagement von Älteren ist daher ein Gewinn für alle Generationen.

Die geistige Flexibilität und die Fähigkeit, unbekannte Fragestellungen zu erfassen, nehmen zwar mit dem Alter ab, doch verläuft diese Entwicklung umso langsamer, je mehr die körperlichen und intellektuellen Fähigkeiten trainiert werden, zum Beispiel durch Weiterbildung, Nachgehen kultureller Interessen, das Übernehmen von ehrenamtlichen Aufgaben, durch soziales und politisches Engagement oder die Ausübung von Sport.

Die ständige Weiterentwicklung und die Aneignung von Wissen sind in allen Lebensphasen unverzichtbar. Lebenslanges Lernen eröffnet älteren Menschen neue Möglichkeiten und bietet die Chance eines sinnerfüllten Lebens. Lernen in diesem Lebensabschnitt ist jedoch auch mit neuen Anforderungen an die Wissensvermittlung und die Integration Älterer in unsere Gesellschaft verbunden.

Engagement schafft Begegnung und soziale Kontakte quer durch die Generationen. Kontakte, die durch eigenes Engagement entstehen, können für ältere Menschen auch hilfreich werden, wenn sie selbst Unterstützung brauchen.

Die Vereine, die Hilfsorganisationen, aber auch die politischen Parteien und Interessenvertretungen bieten hier eine breite Palette von möglichen Anknüpfungspunkten.

### **Zielsetzung**

- Integration der Lebenserfahrung und der besonderen Potenziale der älteren Generation speziell in den Gemeinden und Regionen

## **Handlungsempfehlungen**

- Ausweitung von spezifischen Sport-, Bewegungs- und Freizeitangeboten und erleichterter Zugang zu Bildungs-, Kultur- und Sportangeboten,
- Ausweitung und Entwicklung spezifischer Angebote für die ältere Generation bzw. generationenübergreifender Angebote in den Gemeinden und Vereinen,
- Einrichtung von Zentren der Generationen und Ausweitung der Kooperationsmöglichkeiten mit bestehenden Einrichtungen für Aktivitäten (z.B. Pfarrheime, Heime, Kindergärten, Schulen, ...),
- Schaffung von Beratungsstellen in den Gemeinden in Form von spezifischen SeniorInnenbeauftragten als zentrale Anlaufstelle für Hilfe, Information, Auskunft in allen Belangen der älteren Menschen,
- Spezielle Preisgestaltung für SeniorInnen bei Bildungs-, Kultur-, Freizeit- und Sportangeboten, ermäßigter Zugang zu öffentlichen Einrichtungen und Angeboten (z.B. Museen, Bäder, Theater, ...),
- Möglichkeit E-card als SeniorInnenausweis zu nutzen,
- Ausrichtung der Lerninhalte und -formen an die Bedürfnisse und Fähigkeiten älterer Menschen sowie spezifische Ausbildung von TrainerInnen,
- Entwicklung und Umsetzung von „SeniorInnenprojekten“ sowie Nachbarschaftsprojekten unter besonderer Berücksichtigung des Erfahrungswissens im Interesse der Allgemeinheit,
- Projekte, die das Miteinander der Generationen und die Stärkung der Kultur der Freiwilligkeit befördern, wobei Freiwilligenarbeit nicht bezahlte Arbeitsplätze ersetzen darf und so das Prekariat befördert wird.

Die öffentliche und gesellschaftliche Partizipation älterer Menschen zeigt in Österreich eine eher geringe Beteiligungsquote. Die österreichische SeniorInnenpolitik weist einen hohen Organisationsgrad auf und hat durch die institutionelle Verankerung mit der im Jahr 2000 beschlossenen Novellierung des Bundesseniorengesetzes eine neue Qualität erreicht. Der auf Grundlage des Gesetzes eingerichtete Österreichische Seniorenrat ist als Dachverband der Seniorenorganisationen die offizielle Vertretung der älteren Menschen. Damit wurden erstmals die gleichrangige und gleichberechtigte Vertretung der Anliegen älterer Menschen auf Bundesebene sichergestellt und die Mitbestimmungsmöglichkeiten der SeniorInnen insbesondere in folgenden Bereichen ausgeweitet:

- in der aktiven Gestaltung der SeniorInnenpolitik in Österreich
- in der Expertenkommission zur Pensionsreform

Durch die im Bgld. Seniorengesetz 2002 gesetzlich verankerte Einrichtung eines Landes-Seniorenbeirates ist die Mitsprache der Seniorinnen und Senioren in sämtlichen Entscheidungsprozessen auch auf Landesebene gesichert. Die Aufgabe dieses Landes-Seniorenbeirates ist die Beratung der Landesregierung in allen Angelegenheiten, die für Seniorinnen und Senioren von Interesse sind.

SeniorInnenpolitik wird (wurde) bisher in erster Linie als Politik für SeniorInnen und nicht mit SeniorInnen verstanden und noch allzu oft auf die Sicherung der Pensionen, auf Gesundheitsfragen und auf das Pflgethema reduziert.

In der SeniorInnenpolitik hat sich europaweit mittlerweile eine Veränderung der Sichtweise ergeben, sie hat einen Paradigmenwechsel erfahren. Soziale Sicherheit bleibt selbstverständlich weiterhin ein zentrales Thema, doch SeniorInnenpolitik als umfassende Gesellschaftspolitik zu sehen und dementsprechend umzusetzen, gewinnt immer stärker an Bedeutung.

## **Zielsetzung**

- Alle Aspekte des Alterns sind als Querschnittsmaterie in allen relevanten Politikbereichen auf allen Ebenen zu berücksichtigen (z.B. Gesetze), womit das Prinzip „Mainstreaming Aging“ in Anlehnung an „Gender Mainstreaming“ verankert wird

## **Handlungsempfehlungen**

- Einsetzen einer Ombudsperson für die ältere Generation, um Erfahrungen und Kompetenzen zu bündeln, die Interessen der älteren Generation in Kooperation mit dem Landesseniorenbeirat gegenüber den Fachabteilungen wahrzunehmen und als Ansprechperson zu fungieren,
- Verbesserung der politischen Entscheidungsprozesse mit dem Ziel, dass bei der politischen Gestaltung der Blickwinkel auf die vielfältigen Anforderungen der älteren Generation gelenkt wird,
- Ausweitung und Sicherstellung der politischen Beteiligung auf allen Ebenen und aktive Berücksichtigung der Anliegen der älteren Generation,
- Beiräte für die ältere Generation in den Gemeinden bzw. SeniorengemeinderätInnen bzw. SeniorInnenbeauftragte einrichten, inkl. entsprechende Schulungs- und Qualifizierungsprogramme anbieten,
- Ideen entwickeln und Netzwerke zur aktiven Gestaltung des Generationendialoges aufbauen,
- Stärkere Integration/Beteiligung des Österreichischen Seniorenrates bzw. des Landesseniorenbeirates im Rahmen der Diskussion um gesellschaftspolitische und altersrelevante Themen.

## **Kooperationsnetzwerk**

Interessenvertretungen (SeniorInnen, Jugendorganisationen)

Gemeinden

Land

Vereine

Kultur- und Bildungseinrichtungen

Sportorganisationen

Religionsgemeinschaften

Trägerorganisationen

## **Vorgeschlagene (Leuchtturm)Projekte**

Organisation eines „Marktplatzes der Generationen“ in Kooperation mit Jugendorganisationen und Trägerorganisationen unter dem Titel „Voneinander und füreinander lernen – Gemeinsam in die Zukunft“

# MOBIL IM ALTER

Die eigene Mobilität aufrechtzuerhalten, die Erreichbarkeit der Nahversorgung, der Gesundheitseinrichtungen und den Zugang zu den Freizeiteinrichtungen sicherzustellen, sind für die ältere Generation zentrale Fragestellungen. Mit dem Alter ändern sich sowohl die Aktionsradien als auch die Geschwindigkeit der Menschen. Außerhäusliche Mobilität wird im Alter immer schwieriger, weil die körperlichen Kräfte allmählich nachlassen und die Wahrscheinlichkeit sensorischer Beeinträchtigungen zunimmt.

Vor allem die weniger gut erschlossenen Gemeinden in den weniger dicht besiedelten Regionen im Süden des Landes verlieren weiter an Bevölkerung, die verbleibende Bevölkerung wird immer älter. In immer mehr Gemeinden wird die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Lebens (z.B. Nahversorgung, Post, Bank, ÄrztInnen, Apotheken, Kinder- und Altenbetreuung, sonstige soziale und kulturelle Einrichtungen) immer schwieriger und ist ohne Auto nicht bewältigbar. Aber auch dort, wo die Versorgung grundsätzlich sehr gut ist, ist für den täglichen Einkauf das Auto oftmals notwendig, weil die Geschäfte an den Ortsrand wandern. Als Folge davon können die Geschäfte in den Gemeindezentren/Stadtzentren dem Wettbewerb mit den großen Ketten nicht mehr standhalten.

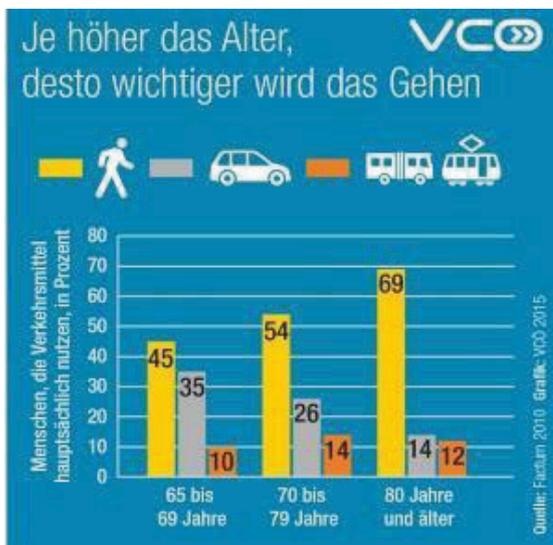
Trotz laufendem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und des Öffentlichen Verkehrs bleibt die Erreichbarkeit überregionaler Zentren für die BewohnerInnen der ländlichen Regionen generell schlecht. Es fehlt an der entsprechenden Nachfrage, was die Finanzierung erschwert.

Das Verkehrssystem und die Verkehrsorganisation sind im Wesentlichen auf die Welt der Produktion und Arbeit ausgerichtet. Verkehrsinfrastruktur, Verkehrsangebote bis hin zu Fahrplänen und Wagenmaterial orientieren sich am Alltag der arbeitenden Menschen, der SchülerInnen und an den Anforderungen der Wirtschaft.

In den letzten Jahren wurden im Burgenland verstärkt kleinregionale Verkehrsangebote wie Dorf- oder Regionsbusse, Ruftaxisysteme, Beförderungsdienste für Menschen mit mobilen Beeinträchtigungen oder auch Nachbarschaftseinrichtungen, die auf ehrenamtlicher Basis Mobilitäts-, Hol- und Bringdienste anbieten, ins Leben gerufen. Die Erfahrungen sind durchwegs positiv, die Nachfrage nach solchen Projekten ist groß. So wurde etwa die landesweite Aktion „60plus Taxi“ von den Gemeinden – derzeit 100 - gut angenommen.

Seniorinnen und Senioren haben mit zunehmendem Alter ein deutlich anderes Mobilitätsverhalten als die 30- bis 65-Jährigen. So steigt der Anteil der zu Fuß oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegten Wege. Das Auto wird immer weniger genutzt. Für das Verkehrssystem bedeutet die demografische Veränderung, dass etwa im Ortsgebiet Verkehrsberuhigung und ein angepassteres Tempo des Kfz-Verkehrs wichtiger werden. Weiters wird es ein Netz an barrierefreien und breiten Gehwegen und ausreichend Möglichkeiten die Fahrbahn zu queren, brauchen, um hier Verbesserungen zu schaffen.

Abb. 6: Änderung des Mobilitätsverhaltens im Alter



Quelle: VCÖ Factsheet 2015

Die Organisation des Verkehrs, die Standorte der Einrichtungen der Daseinsvorsorge und die Ordnung des Raums allgemein wird im Wesentlichen durch die Raumordnung bestimmt. Auch wenn internationale und nationale Rahmenbedingungen und Entwicklungen hier Einfluss haben, kann sowohl auf der regionalen als auch auf der örtlichen Ebene, also im Land und in den Gemeinden, gestaltend eingegriffen werden. Etwa die Frage, wie der öffentliche Raum in den Gemeinden ausgestaltet ist, wieviel Raum den einzelnen Verkehrsträgern bzw. VerkehrsteilnehmerInnen gegeben wird, wie der Verkehr im Ort organisiert wird, ob Einkaufsmöglichkeiten nur mit dem Auto oder auch anders erreichbar sind. In all diesen genannten Fragen können Gemeinden mit Unterstützung von PlanerInnen kreative Lösungen entwickeln und umsetzen und als Musterbeispiel für generationen- und gendergerechte Planung Vorbildwirkung erzielen.

## **Zielsetzung**

- Die Erreichbarkeit der Einrichtungen der Daseinsvorsorge und des sozialen und politischen Lebens (Nahversorgung, ÄrztInnen, Apotheken, Freizeiteinrichtungen, Krankenhäuser, Gemeinschaftszentren usw.) sichern, sowie den öffentlichen Raum an den Bedürfnissen aller Bevölkerungsgruppen ausrichten

## **Handlungsempfehlungen**

- Den öffentlichen bzw. gemeinschaftlichen Verkehr verbessern und ausweiten, sowie neue Mobilitätsmodelle (z.B. Ruftaxis, Gmoabusse usw.) umsetzen und absichern,
- Das Mobilitätsmanagement für den ländlichen Raum und Informationseinrichtungen wie etwa die Mobilitätszentrale als zentrale Anlaufstelle für Verkehrsfragen erweitern,
- Informationen über Angebote erweitern und den Zugang zu den neuen Technologien im Verkehrsbereich (z.B. Fahrscheinautomaten, Fahrpläne, behindertenfreundliche Autos/Busse usw.) ermöglichen – es kann erwartet werden, dass bis 2030 großflächig nur mehr Automaten zur Verfügung stehen werden,
- Stärkere Beteiligung bei Fragen der örtlichen Raumplanung – das Bgld. Raumplanungsgesetz von 2019 sieht die Erarbeitung von Örtlichen Entwicklungskonzepten vor; Fragen der Mobilität, der Versorgung usw. sind hier auszuarbeiten bzw. wäre hier die Einbeziehung von SeniorenInnen anzuraten, um entsprechende Anforderungen zu formulieren. (z.B. SeniorInnenbeauftragte in der Gemeinde),
- Die Sicherheit im öffentlichen Raum und im Straßenverkehr durch bauliche und verkehrstechnische Adaptierungen erhöhen, etwa durch angepasstere Tempolimits und mehr Verkehrsberuhigung,
- Breitere Gehsteige, barrierefreie Wege mit ausreichend Sitzmöglichkeiten zum Rasten, Abkürzungen öffnen, öffentliche Toiletten usw., wettergeschützte Warte- und Sitzmöglichkeiten am Weg zu und bei Haltestellen,
- Hindernisse und Stolperfallen beseitigen (beschädigter Belag, Höhenunterschiede bei Asphaltkanten, lockere Pflastersteine), Gehsteigkanten absenken, ausreichende Beleuchtung, Hindernisse wie hereinragende Hecken entfernen.



## **Kooperationsnetzwerk**

Interessenvertretungen (SeniorInnen)

Gemeinden

Land

Zuständiges Bundesministerium (für Verkehr, Telekommunikation...)

Öffentliche und private Verkehrsträger (z.B. ÖBB, Busunternehmen,  
Taxiunternehmen)

VOR

Handelsketten

ProjektentwicklerInnen

PlanerInnen

Fahrschulen

## **(Leuchtturm)Projekte**

Erarbeitung eines Leitfadens als Orientierung für die Beteiligung an der Entwicklung  
Örtlicher Entwicklungskonzepte lt. Raumordnungsgesetz

# GUT WOHNEN IM ALTER

Die Wohnung und die Wohnumgebung sind für ältere Menschen zentrales Lebensumfeld. Fragen der Barrierefreiheit, der Sicherheit, sowie der Erreichbarkeit von Einrichtungen der Daseinsvorsorge und der Zugang zu Betreuungsleistungen stehen hier im Mittelpunkt des Interesses.

Der überwiegende Teil der älteren Menschen lebt in ihren Häusern/Wohnungen, aber immer noch ist nur ein Bruchteil dieser Häuser/Wohnungen seniorengerecht gestaltet. Nur ein geringer Teil der SeniorInnen lebt in Wohn- oder Pflegeheimen, der überwiegende Teil lebt immer noch in der eigenen Wohnung, oder wird in häuslicher Pflege betreut.

Mehr als 95% aller BurgenländerInnen lebt in Häusern mit einer bzw. zwei Wohnungen. Im Burgenland beträgt die durchschnittliche Wohnungsgröße eines Einpersonenhaushalts in der Altersgruppe über 60 Jahre 102 m<sup>2</sup>, das ist mit Abstand der höchste Wert im Bundesländervergleich. Eine unter 30-jährige Person lebt im Vergleich dazu im Durchschnitt auf ca. 78 m<sup>2</sup>. (Quelle Statistik Austria, Mikrozensus Wohnungserhebung 2018)

Aus dieser Situation ergibt sich oftmals ein persönliches Problem und ein allgemein gesellschaftliches Problem. Auf der einen Seite bewohnen (alleinstehende) ältere Menschen große Häuser, die sie im Alter nicht mehr alleine pflegen und instandhalten können und daher auf Hilfe angewiesen sind. Auf der anderen Seite müssen Flächen für neuen Wohnraum gewidmet werden, um der Nachfrage nach Wohnraum gerecht zu werden. Damit ältere Menschen so lange wie möglich in der eigenen Umgebung bleiben können, sind entsprechende Unterstützungsangebote/-leistungen entweder in der Familie oder gemeinschaftlich notwendig. Gleichzeitig braucht es aber auch Ideen, wie ein Übergang zu einer anderen Wohnform (z.B. Wohngemeinschaften) oder eine Übergabe des Hauses (Verkauf, Untervermietung, ...) organisiert werden könnte.

In den letzten Jahren sind auch im ländlichen Raum immer mehr Alternativen zum Wohnen im eigenen Einfamilienhaus entstanden. Unter dem Titel „Betreutes Wohnen“, „Betreubares Wohnen“, Seniorenwohnungen usw. entstehen in immer mehr burgenländischen Gemeinden Projekte, die immer stärker nachgefragt werden.

## **Zielsetzung**

- Altersgerechtes und leistbares Wohnen

## **Handlungsempfehlungen**

- Angebote von Sozialwohnungen für alle Generationen und speziellen Wohnformen (Betreutes bzw. betreubares Wohnen) weiterentwickeln und ausweiten,
- Sicherung des Verbleibs der älteren Menschen in ihrer gewohnten Wohnumgebung durch Ausweitung wohnungsnaher Unterstützungsstrukturen (Bspw. Nachbarschaftshilfe plus),
- SeniorInnengerechten Wohnbau forcieren,
- Informationen und Bewusstseinsbildung im Zusammenhang mit Über-/Weitergabe sowie Verkauf von Häusern und die Organisation des Übergangs zu einer neuen Wohnform.

## **Kooperationsnetzwerk**

Interessenvertretungen (SeniorInnen)

Gemeinden

Land

Wohnbauträger / Genossenschaften

Trägerorganisationen

Vereine

Privatinitiativen

# ALT WERDEN IN DER DIGITALEN WELT

Ältere Menschen in der nachberuflichen Lebensphase (55+) unterscheiden sich in Bezug auf Digitalisierung durch das individuelle Vorwissen, durch die Bereitschaft sich an Neues heranzuwagen, die sozioökonomische Situation, altersbedingte Einschränkungen und schon viel weniger als noch vor einigen Jahren, durch den Zugang zu den entsprechenden Medien. Für einen Teil der älteren Generation ist das Handy, das Tablet, das Internet zum Alltag geworden - und für die nachkommenden Generationen ist die digitale Welt nicht mehr neu, sondern Selbstverständlichkeit. Diesbezüglich befinden wir uns in einer Art digitalen Übergangszeit.

Eine wichtige Voraussetzung für Lebensqualität im Alter ist das Einbezogen-Sein in ein funktionierendes soziales System. Kommunikation in der Familie, im Freundeskreis, in der Gemeinde, in den Vereinen und zwischen den Generationen ist hier zentral.

In der Vergangenheit und auch heute noch erfolgen Kommunikation und Austausch in erster Linie über persönliche Kontakte, Stammtische, das Zusammentreffen beim Einkaufen, in den Vereinen oder auf der Straßbank. Das Internet ist in den letzten Jahren hinzugekommen. „Social media“ wird von älteren Menschen gerne genutzt, um mit der Familie in Kontakt zu bleiben – vielleicht sogar mehr als zuvor. Spezifische Informationen können jederzeit schnell aus dem Netz abgerufen werden, der Einkauf muss nicht mehr persönlich gemacht werden, Botendienste oder Lieferservice kommen – zumindest in zentraleren Regionen - ins Haus. Die Welt ist größer geworden, die täglichen Aktivitäten können einfacher stattfinden, wenn die Technologie beherrscht wird.

Die neuen Medien ermöglichen auch für nicht mehr mobile Menschen den Zugang zur Außenwelt und zu Informationen. Doch egal wie selbstverständlich das Leben in der digitalen Welt geworden ist, auch hier, wie in allen anderen Bereichen gilt es, aufmerksam dafür zu bleiben, ob und wie die neuen Entwicklungen von älteren Menschen aufgenommen und nachvollzogen werden können. Auch hier gilt, nicht alles was nützlich erscheint, ist in der Realität für ältere Menschen aufgrund körperlicher oder geistiger Einschränkungen auch immer anwendbar bzw. umsetzbar. Auch wenn es bestimmte Angebote gibt, sie können aus gesundheitlichen, finanziellen oder technischen Gründen – weil etwa oft ein Update nicht nachvollzogen werden will oder kann - nicht angenommen werden. Der sogenannte „digital gap“, d.h. die Unterschiede im Zugang und der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien wird auch weiterhin bestehen bleiben und ältere Menschen werden in besonderem Ausmaß davon betroffen sein.



Digitalisierung gilt als eines der Zukunftsthemen und digitale Kompetenzen werden immer öfter zum Schlüssel der zukünftigen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Im Bereich der Wirtschaft, der Bildung usw. werden hier Aktivitäten gesetzt. Für ältere Menschen, insbesondere jene über 70 Jahre, die noch kaum Anteil an dieser Entwicklung haben und der Digitalisierung vielleicht sogar skeptisch gegenüberstehen, gibt es bisher keine vergleichbaren Ansätze und Überlegungen wie diese in die digitale Welt integriert werden können.

### **Zielsetzung**

- Sicherstellung des Zugangs und der Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien – die digitale Kluft verkleinern

### **Handlungsempfehlungen**

- Erleichterung des Zugangs zu neuen Medien wie etwa Internet, seniorenrechtliche Aufbereitung (Schrift, Geschwindigkeit, Informationen, Preisgestaltung, Geräte, ...),
- Entwicklung von Kursangeboten und Schulungen bzw. Infobörsen (auch generationenübergreifend),
- Entwicklung und Umsetzung von (Intergenerationen)Projekten, um den Zugang zu neuen Medien zu erleichtern bzw. sicherzustellen.

### **Kooperationsnetzwerk**

Interessenvertretungen (SeniorInnen)

Bildungseinrichtungen

Vereine

Unternehmen

Land

Zuständige Bundesministerien (Verkehr, Innovation, Digitalisierung, Generationen, Soziales und Arbeit)

# GESUND INS ALTER – GESUND IM ALTER

Alter ist längst nicht gleichbedeutend mit Hilfs- und Pflegebedürftigkeit. Dennoch nehmen die gesundheitlichen Risiken und die Anfälligkeiten für akute und chronische Krankheiten mit den Lebensjahren zu. Für Männer und Frauen trifft das allerdings in sehr unterschiedlicher Weise zu. Durch einen gesunden Lebensstil und gezieltes Training können körperliche und geistige Leistungsfähigkeit auch im Alter aufrechterhalten und mitunter sogar gesteigert werden. Selbstständigkeit, gesellschaftliche Aktivität und Lebensfreude bis ins hohe Alter zu fördern und zu erhalten, ist daher das Ziel von Prävention und Gesundheitsförderung.

**Abb.6:** Überblick über ausgewählte Gesundheitsförderungs-, Präventions- und Vorsorgeprojekte im Burgenland

Gesundheitsförderungs-, Präventions- und Vorsorgeprojekte	
<b>Gesundheitsförderung im Setting Gemeinde und Familie</b>	Gesundes Dorf
	Gemeinsam gesund alt werden
	Richtig Essen (und Fördern) von Anfang an
	Frühe Hilfen unter dem Titel „Netzwerk Kind Burgenland“
	Club der ganz schön starken Freunde
<b>Gesundheitsförderung im Setting Betrieb</b>	Gesunde MitarbeiterInnen – Gesunder Betrieb!
	BetriebsFitService
	Suchtpräventionsprojekte
<b>Gesundheitsförderung in den Settings Kindergarten und Schule</b>	GeKiBu – Gesunde Kindergärten im Burgenland
	Gesunder Kindergarten – Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz
	Kindergarten: KindergartenpädagogInnengesundheit
	Unser Schulbuffet
	Bewegungsprojekte in Kindergärten und Schulen
	Suchtpräventionsprojekte im Jahr 2016
<b>Vorsorgeprojekte</b>	Brustkrebs-Früherkennungsprogramm
	Diabetes Burgenland „Leben mit Diabetes“ und Therapie Aktiv
	Dickdarmkrebsvorsorge (DKV)

Quelle: Burgenländischer Gesundheitsbericht 2017

Einen wichtigen Beitrag zur Prävention und Gesundheitsvorsorge bzw. Information leisten die Gesundheitstage, die seit 2004 vom Landesseniorenbeirat mit Unterstützung des Landes durchgeführt werden.

## *Gesundheitszustand hat sich in den letzten Jahren verbessert*

Im Burgenland wird im Bereich Gesundheitspolitik der Schwerpunkt auf Gesundheitsvorsorge und -förderung gelegt. Die Angebotspalette reicht von der qualitativ und quantitativ hochwertigen Versorgung des Landes mit Krankenhäusern, AllgemeinmedizinerInnen und FachärztInnen bis hin zu speziellen – vom Land initiierten – Aktivitäten. Dabei steht die Förderung der Eigenverantwortung des einzelnen Bürgers, der einzelnen Bürgerin im Vordergrund.

Was unterscheidet die Burgenländerinnen und Burgenländer in Bezug auf Gesundheit von der Bevölkerung in anderen österreichischen Bundesländern? Wo müsste in der Prävention angesetzt werden?

- BurgenländerInnen machen deutlich weniger Bewegung, Frauen noch weniger als Männer;
- Das Ernährungsverhalten ist weniger gesund, wobei sich Frauen gesünder ernähren als Männer;
- BurgenländerInnen rauchen etwas weniger als DurchschnittsösterreicherInnen, Männer rauchen mehr als Frauen;
- Der Alkoholkonsum liegt im Österreich-Durchschnitt, wobei es große Unterschiede zwischen dem Nord- und dem Südburgenland gibt, wo deutlich mehr getrunken wird;
- Die Zufriedenheit mit den sozialen und kommunalen Netzwerken ist im Burgenland höher als im gesamtösterreichischen Durchschnitt;
- Knapp die Hälfte der Bevölkerung lebt in „Gesunden Dörfern“;
- Die BurgenländerInnen haben weniger Krankenstandstage (ohne PendlerInnen), allerdings gibt mehr als die Hälfte der BurgenländerInnen an, trotz gesundheitlicher Probleme arbeiten gegangen zu sein – der Wert liegt ca. 6%-Punkte über dem Österreichschnitt, im Norden fast 10%-Punkte;
- Die Haupttodesursachen sind Krankheiten des Herz-Kreislaufsystems, auffällig ist auch der überdurchschnittlich hohe Anteil an übergewichtigen Personen.

### *Qualitativ hochwertige Versorgung durch Ärztemangel gefährdet*

Das Burgenland ist lt. Daten von Statistik Austria (2018) das Bundesland mit der geringsten Ärztedichte Österreichs. Fast 70% aller niedergelassenen ÄrztInnen waren 2017 über 50 Jahre alt.

Die Burgenländische Gebietskrankenkasse geht davon aus, dass in den nächsten Jahren 60% der AllgemeinmedizinerInnen des Burgenlandes in Pension gehen werden, auch im Bereich der FachärztInnen besteht verstärkter Bedarf. Im Süden des Landes und im Bezirk Neusiedl am See ist es derzeit besonders schwierig für die offenen Arztpraxen MedizinerInnen zu finden. Der Ärztemangel und der Mangel an



Therapieangeboten führt oftmals zu langen Wartezeiten für die PatientInnen und die starke Nachfrage zu Belastungen der bestehenden Einrichtungen und der Beschäftigten.

Das Thema „Ärztmangel“ ist vor allem für den ländlichen Raum ein großes Problem. Viele Faktoren tragen dazu bei, dass viele Praxen hier nicht (nach)besetzt werden können. Gründe sind nicht nur in der besonderen Belastung oder im finanziellen Bereich zu suchen, vielfach sind es auch die regionalen Bedingungen, die ÄrztInnen davon abhalten, in bestimmte Regionen zu übersiedeln. Ein Arzt/eine Ärztin hat auch eine Partnerin/einen Partner, für die/den es auch einen Arbeitsplatz geben muss, für Kinder sind Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen wichtig. Es geht also nicht nur um die Praxis und das Einkommen, das gesamte Paket muss stimmen, wenn der Lebensmittelpunkt verlegt werden soll.

Das Land Burgenland greift dieses Problem des Ärztemangels auf und hat verschiedene Förderinstrumente geschaffen, die von Stipendien für Studierende über eine Kooperation mit der Danube Private University in Krems bis hin zu einer Ordinationsförderung reichen. Ziel dieser Förderungen bzw. Kooperationen ist es, die ausgebildeten MedizinerInnen an das Land zu binden.

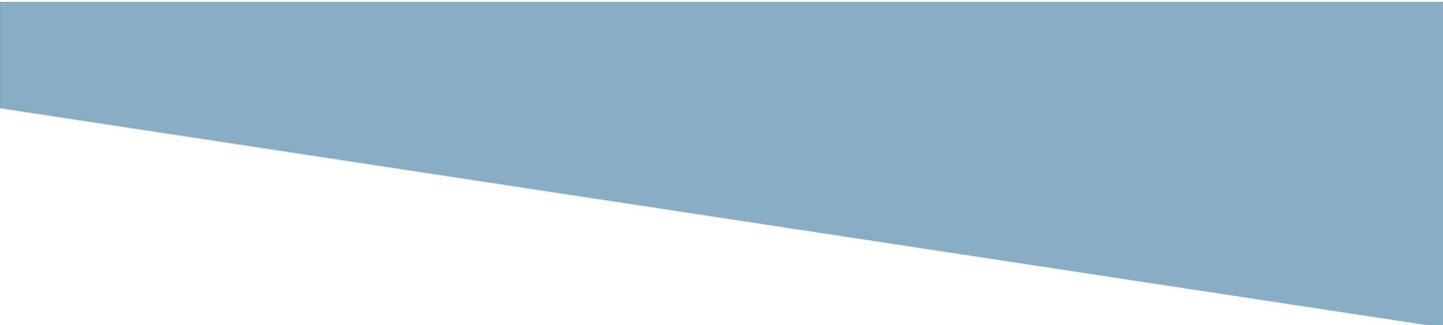
In den letzten Jahren wurden auch in Österreich verschiedene Modelle diskutiert, wie die bestehende Struktur der Gesundheitsversorgung unter restriktiven finanziellen Rahmenbedingungen verbessert werden könnte. Für den ländlichen Raum von besonderem Interesse erscheinen die „Primärversorgungseinrichtungen“ als erste Versorgungsebene für die PatientInnen. Solche Einrichtungen umfassen gesundheitsfördernde, präventive, kurative, pflegerische, rehabilitative und palliative Maßnahmen und sollen eine multiprofessionelle und integrative Versorgung so nahe wie möglich an den Wohnort und Arbeitsplatz der Menschen bringen. Im Burgenland gibt es seit Herbst 2019 ein solches Zentrum in Minihof-Liebau. Im „Gesundheitsnetzwerk Raabtal“ stehen vier AllgemeinmedizinerInnen, TherapeutInnen und DienstleisterInnen aus neun Gesundheitsberufen für rd. 6.000 Einwohner für sechs Gemeinden zur Verfügung.

## **Zielsetzungen**

- Versorgung mit qualitativ hochwertigen und effizienten medizinischen Leistungen ohne soziale und regionale Hindernisse

## **Handlungsempfehlungen**

- Ausbau von Primärversorgungseinrichtungen und Förderung von Gemeinschaftspraxen,
- Intensivierung der Kooperation zwischen Gemeinden, ÄrztInnen und einschlägigen Organisationen und Institutionen, sowie privaten AnbieterInnen von Gesundheits-, Fitness- und Sportangeboten (z.B. Beratungsstellen in den Gemeinden),
- Ausweitung der psychosozialen Gesundheitsangebote,
- Stärkung der Gesundheitskompetenz der Bevölkerung durch verstärkte Information über bestehende Angebote und Bewusstseinsarbeit zur Hebung des allgemeinen Gesundheitsbewusstseins,
- Ausweitung der Hospizdienste,
- Senkung der Rezeptgebühr,
- Weiterentwicklung und Ausweitung der Ernährungsberatung,
- Projekte zur Prävention gegen Einsamkeit und Depression (z.B. Bewegung, Kommunikation, Nachbarschaftshilfe, ...),
- Schließung bestehender Lücken bei Therapieangeboten einschließlich Förderung von mobilen Angeboten,
- Nachbetreuungsangebote im Falle von Krankenhausaufenthalten, sowie Gleichbehandlung von älteren Personen bei Rehabilitation und Kuraufenthalten,
- Entwicklung von Projekten und Initiativen für Prävention in Kooperation mit den Sozialversicherungsträgern (z.B. Österr. Gesundheitskasse, SVS, BVAEB, ...),
- Ärztemangel entgegenwirken und Rahmenbedingungen schaffen, die die Attraktivität des Burgenlandes als Lebensmittelpunkt für die ÄrztInnen und ihre Familien erhöhen,

- 
- Nachhaltige Sicherung der gesetzlichen Sozialversicherungsträger und gesetzliche Vertretung von PensionistInnen sicherstellen.

### **Kooperationsnetzwerk**

Interessenvertretungen (SeniorInnen)  
Gemeinden  
Land  
ÄrztInnen, medizinisches Personal,  
Bildungseinrichtungen  
KRAGES, Krankenhäuser  
Trägerorganisationen  
Selbsthilfegruppen  
Fonds Gesundes Österreich  
Bundesministerien (Nachhaltigkeit, Gesundheit, Arbeit und Soziales)  
Arbeitsinspektorat  
Sozialversicherungsträger und AUVA

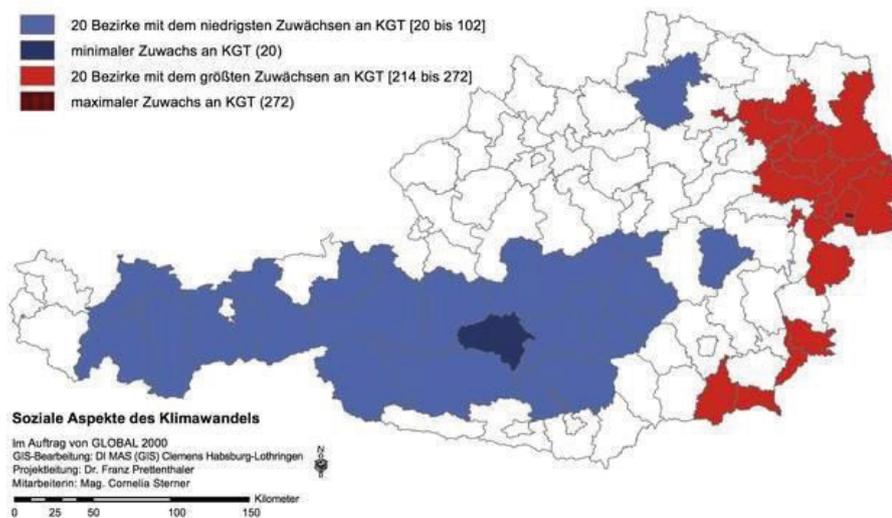
# KLIMAWANDEL

Die Folgen des Klimawandels für die Gesundheit sind bereits heute spürbar und lassen für die Zukunft ein hohes Risiko erwarten. Der „Sachstandsbericht zum Thema Gesundheit, Demografie und Klimawandel“ kommt zu alarmierenden Erkenntnissen: Laut diesem Bericht wird sich die Zahl der Hitzetage mit Temperaturen von mindestens 30 Grad Celsius in Österreich bis Mitte des Jahrhunderts auf bis zu mehr als 50 Tage verdoppeln, die Zahl der Tropennächte - die Temperaturen sinken nicht unter 20 Grad Celsius - wird stark zunehmen. Dazu kommt eine starke Pollenbelastung (z.B. Ragweed) und eine Ausweitung der Pollensaison sowie die Neuansiedlung und Verbreitung von tropischen Mücken. Extreme Niederschläge, länger andauernde Trockenheit und heftige Stürme sind auch jetzt schon beobachtbar - mit einem Ansteigen dieser Ereignisse wird gerechnet.

Von den Klimaveränderungen besonders betroffen sind ältere Menschen, Kinder, Menschen mit Behinderung, chronisch kranke Menschen, Minderheiten und Personen mit niedrigem Einkommen, die aufgrund struktureller, rechtlicher und kultureller Barrieren oft nur eingeschränkten Zugang zur Gesundheitsinfrastruktur haben bzw. deren Wohnumgebung eher wenig gesundheitsfördernd ist. Die Gesellschaft wird älter, ein zunehmender Anteil der Bevölkerung Österreichs wird somit in Zukunft Teil der Risikogruppe werden.

Bei hohen Temperaturen kommt es zu Beeinträchtigung der körperlichen (ab 25 °C) und geistigen (ab 29 °C) Leistungsfähigkeit. Durch einen raschen Wechsel von Wetterlagen können sich Symptome vorhandener Krankheiten und Beschwerden speziell bei Personen mit Herz- und Gefäßerkrankungen, Atemwegserkrankungen und rheumatischen Beschwerden verstärken. Die Zunahme von Luftschadstoffen und bodennahem Ozon und die Abnahme des stratosphärischen Ozons erhöhten das Hautkrebsrisiko. Durch vermehrte bakteriologische Beeinträchtigung von Lebensmitteln und Trinkwasser kann es zu einem Anstieg von lebensmittelbedingten Infektionen und vermehrtem Auftreten von Krankheitserregern in Badegewässern (z. B. Badedermatitis „Entenflöhe“) kommen. Und nicht zuletzt kann die große Hitze auch die Wirkung von Medikamenten durch unsachgemäße Lagerung verändern.

**Abb. 7:** Die Bezirke mit den kleinsten und größten Zuwächsen an Kühlgradtagen 1981 bis 2041. Quelle: Pretenthaler et al. (2008b)



Quelle: <https://klimawandelanpassung.at/index.php?id=29369>, abgerufen 18.11.2019

Untersuchungen der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik haben für das Burgenland einen der höchsten Anstiege der Temperatur in den letzten Jahrzehnten festgestellt. Bei einem Vergleich der Periode 1971 bis 2000 mit der Periode 2008 bis 2019 zeigt sich, dass die mittlere Höchsttemperatur in den Monaten Juli und August um rd. 2 Grad Celsius von ca. 26 Grad auf ca. 28 Grad Celsius angestiegen ist. Gemeinden im Bezirk Neusiedl am See sind vom Temperaturanstieg besonders betroffen.

### Zielsetzungen

- Klimawandel als politisches Thema festigen

### Handlungsempfehlungen

- Klimafitte Anpassung der Bauordnung,
- Ausweitung der Förderung für Anpassungsinvestitionen (Energie, Beschattung) – Bauen und Wohnen,
- Einbeziehung von klimarelevanten Maßnahmen bei der Gestaltung des öffentlichen Raums (z.B. Beschattung von Gehwegen und öffentlichen Aufenthaltsräumen durch Baumplantungen, Errichtung von öffentlichen Wasserentnahmestellen, ...),

- 
- Kompetenz und Wissen um Klimawandelfolgen und Klimawandel aufbauen – z.B.
    - verstärkte Information für die Gemeinden über Möglichkeiten der kommunalen Klimawandelanpassung,
    - Bewusstseinsförderung in Bezug auf private Freiraumgestaltung (Stichwort baumlose Gärten, hoher Anteil an Versiegelung, ...).

### **Kooperationsnetzwerk**

Interessenvertretungen (SeniorInnen)

Gemeinden

Land

Wohnbauträger / Genossenschaften

Trägerorganisationen

Vereine

„Gesundes Dorf“

Klimafonds Österreich

PlanerInnen, ExpertInnen

Mit zunehmender Singularisierung ist zu erwarten, dass die Zahl der Ein- und Zweipersonenhaushalte auf Kosten der Mehrpersonenhaushalte zunehmen wird. Dazu kommt, dass durch verstärkte berufliche und räumliche Mobilität Familienmitglieder in zunehmendem Maße räumlich getrennt und weit voneinander entfernt leben. Bei starker Abwanderung (speziell im ländlichen Raum) bleiben die Alten zurück. Auch die steigende Erwerbstätigkeit der Frauen, die Generationentrennung und die steigenden Scheidungsraten führen dazu, dass immer weniger auf innerfamiliäre Pflege zurückgegriffen wird/werden kann. Diese sich ändernden Familien- und Haushaltsstrukturen, sowie gesellschaftliche Veränderungsprozesse führen dazu, dass eine wachsende Zahl alter Menschen - im Falle der Hilfs- und Pflegebedürftigkeit - immer stärker von institutionalisierter Hilfe durch soziale Dienste abhängig sein wird.

Auch wenn sich die Familienstrukturen verändern und die Pflege der alten Menschen immer mehr professionalisiert wird, wird immer noch der überwiegende Teil der pflegebedürftigen alten Menschen durch Familienangehörige, vorwiegend Frauen, betreut. Vielfach werden sie von mobilen Hilfsangeboten unterstützt.

Die adäquate Versorgung älterer Menschen in der eigenen Wohnung oder in privaten und öffentlichen Wohn- und Pflegeeinrichtungen gilt als eine der größten Herausforderungen der Zukunft. Fragen der entsprechenden Angebote, der Qualität, der Leistbarkeit, der Finanzierung und nicht zuletzt die Frage der Verfügbarkeit und Qualifikation des Pflegepersonals stehen dabei im Vordergrund.

Im Jahr 2018 gab es im Burgenland insgesamt 19.948 BundespflegegeldbezieherInnen<sup>1</sup>, das waren um 4.848 Personen oder 24% mehr als im Jahr 2008. Pflegestufe 4 und mehr wurde 6.792 Personen gewährt, das sind 2.793 oder 70% mehr als 2008.

Im Burgenland stehen derzeit 2.226 stationäre Plätze - die ab Pflegestufe 4 beansprucht werden können - zur Verfügung. Damit können rd. 33% des bestehenden Nachfragepotenzials abgedeckt werden. Der maximale Ausbau sieht bis zum Jahr 2030 2.851 Plätze vor.

---

<sup>1</sup> Auf Grund des Pflegegeldreformgesetzes 2012 wurde die Gesetzgebungs- und Vollziehungskompetenz von den Bundesländern auf den Bund übertragen. Alle Landespflegegeldgesetze samt dazugehörigen Verordnungen wurden aufgehoben. Dies hatte zur Folge, dass rund 67.000 Bezieherinnen/Bezieher eines Landespflegegeldes ab 1. Jänner 2012 in den Zuständigkeitsbereich der Pensionsversicherungsanstalt bzw. der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter wechselten.



Im Jahr 2019 wurden von Seiten des Landes eine Reihe von zukunftsweisenden Aktivitäten zum Thema Pflege gesetzt.

- Der *„Zukunftsplan Pflege - Bedarfs- und Entwicklungsplanung 2018 – 2030“* stellt auf Basis einer wissenschaftlich fundierten Berechnung der Bevölkerungsentwicklung den Bedarf für alle Leistungsbereiche der Alten- und Langzeitpflege dar und bietet konkrete Vorschläge zur weiteren Entwicklung im Bereich der Betreuung und Pflege im Burgenland.
- Der *Pflegeatlas Burgenland* bietet eine Übersicht über alle Betreuungs- und Pflegeangebote im Land, über Beratungsstellen, Unterstützungsangebote und Fördermöglichkeiten, sowie viele weitere nützliche Informationen rund um das Thema Pflege.
- Das Pilotprojekt *„Förderung der Betreuung von Pflegebedürftigkeit durch Angehörige“* - einzigartig in Österreich - startete im November 2019 mit den Zielen, den pflegebedürftigen Personen den Verbleib zu Hause zu ermöglichen sowie eine sozialversicherungsrechtliche Absicherung und die Sicherung des Lebensunterhaltes der pflegenden Angehörigen zu gewährleisten. Zusätzlich wurde für diese Personen die Möglichkeit geschaffen, eine HeimhelferInnenausbildung zu absolvieren um mittelfristig auch zusätzliches Personal für diesen Bereich zu gewinnen.

Das Land Burgenland fördert einen Teil der Lohnkosten inklusive Lohnnebenkosten. Zielgruppe sind Personen im erwerbsfähigen Alter, die sich der Betreuung ihrer Angehörigen widmen wollen. Zur Abwicklung dieses Projektes wurde die Pflegeservice Burgenland GmbH (gemeinnützig) gegründet.

Mit diesem Pilotprojekt wurde auch einer Handlungsempfehlung aus dem Leitbild 2008 nachgekommen.

### **Zielsetzung**

- Sicherstellung des gleichen und leistbaren Zugangs zur pflegerischen Versorgung für alle Bevölkerungsschichten und bedarfsgerechte und qualitätsorientierte und regional flächendeckende Weiterentwicklung von Versorgungsstrukturen

## Handlungsempfehlungen

- Anpassung der Angebote an die sich wandelnden Ansprüche bzgl. Wohnen und Pflege, sowie laufende Beobachtung der Umsetzung des Zukunftsplans Pflege,
- Aufrechterhaltung bzw. Verbesserung des Qualitätsstandards von Pflege- und Betreuungsleistungen u.a. durch regelmäßige Qualitätskontrollen nicht nur in Pflegeheimen, sondern auch betreffend privater Pflege zuhause ab einer gewissen Pflegestufe,
- Ausweitung der Pflegeberatung, Entwicklung von Schulungen und Supervision, Erfahrungsaustausch, Selbsthilfegruppen, Supervision für pflegende Angehörige, sowie Erholungsangebote, Ausweitung von Informations- und Kommunikationsveranstaltungen z.B. Pflegestammtische,
- Ombudsperson für den Pflegebereich (für zu Pflegenden, Pflegenden und Angehörige),
- Entwicklung einer Demenzstrategie (inkl. höhere PflegegeldEinstufung bei Demenzerkrankung, Entwicklung von spezifischen Wohnangeboten für demente Menschen unter Einbeziehung der Angehörigen als Beitrag zur Umsetzung der gesamtösterreichischen Demenzstrategie „Gut leben mit Demenz“),
- Weiterhin Absicherung der Finanzierung der Pflege und Betreuung für alle,
- Ausweitung von Qualifikations- und Ausbildungsangeboten, Weiterentwicklung der Sozialarbeit für Erwachsene und alte Menschen, sowie Aufwertung des Status von Sozialberufen und Anhebung des Qualifikationsniveaus,
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Pflegebereich zum Wohle der Beschäftigten und im Sinne der Betreuten,
- Gedeihliches Miteinander von bezahlten und ehrenamtlichen Tätigkeiten.



## **Kooperationsnetzwerk**

Interessenvertretungen (SeniorInnen)

Gemeinden

Land

Trägerorganisationen und Vereine

Pensionsversicherungsanstalten

Bildungseinrichtungen

Zuständige Bundesministerien (Arbeit und Soziales)

Pflegeeinrichtungen

Betreuendes Personal

